

Axel Ermert

## Die evangelische Industrie- und Sozialarbeit 1945-1960

### *Ein problemorientierter Umriss<sup>1</sup>*

*Evangelische Industrie- und Sozialarbeit - was ist das denn, was soll das sein? Nie davon gehört!* Solche Reaktionen erlebt man häufig, wenn im Gespräch mit unbeteiligten Dritten die Rede auf die Industrie- und Sozialarbeit kommt. Selbst Zeitgenossen, deren Bildungsstand und Zivilisationsgrad anerkanntermaßen außer Zweifel stehen, können mit diesem Begriff nichts anfangen. Dem Autor der folgenden Zeilen erging es anfangs übrigens ähnlich. Und mit wenigen Worten lässt sich in diesem Fall "das Ding an sich" ja auch nicht erklären. Ungläubiges Staunen, ja Verwirrung bleiben bei den Außenstehenden zumeist zurück.

Die evangelische Industrie- und Sozialarbeit setzt in der Geschichte der evangelischen Kirche nach 1945 die Tradition des früheren "Sozialen Protestantismus" fort. "Sozialer Protestantismus" meint dabei nicht den Einsatz für Kranke und Behinderte, so wie ihn in der Tradition von Wichern und Bodelschwingh die Institutionen des heutigen Diakonischen Werkes leisten, sondern das sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausbildende - in einem weiteren Sinn politisch zu nennende - Engagement für die damals noch ungelöste "soziale Frage" der Arbeiterschaft. Adolf Stoecker, Friedrich Naumann, die Evangelischen Arbeitervereine, der Evangelisch-Soziale Kongress, die Evangelisch-soziale Schule von Berlin-Spandau sind die bekannteren Protagonisten und Träger dieser Bewegung. Dieser Arbeitszweig hat nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches in der Weimarer Republik eine Fortsetzung gefunden, wird jedoch nach 1933 von den Nationalsozialisten unterdrückt und ausgeschaltet. Nach 1945 wird die Linie des Sozialen Protestantismus von der Evangelischen Kirche - unter ganz gewandelten gesellschaftlichen und kirchlichen Bedingungen - wieder neu aufgenommen, richtiger eigentlich: neu begründet. Dafür steht als Sammelbezeichnung der Begriff "Industrie- und Sozialarbeit".

Allgemein anerkannt und unumstritten ist die Bezeichnung in der Industrie- und Sozialarbeit allerdings - soviel sei vorweggenommen - selbst jedoch nicht. Das hat mehrere Gründe: einerseits scheint er die Tätigkeit der Industrie- und Sozialarbeit nur unzutreffend wiederzugeben, ohne dass sich andererseits bislang ein anderer besserer Name hätte finden lassen. Lieber und öfter spricht man vom "KDA", vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, was allerdings direkt nur einen Teilbereich der Industrie-

und Sozialarbeit anspricht und semantische Schwierigkeiten und begriffliche Verwischungen zumindest nicht ausschließt. Kurzum: das Unbehagen, die Unsicherheit am eigenen Namen reflektiert Definitionsschwierigkeiten der Arbeit, der Organisation, der politischen Richtung und des Selbstverständnisses. Man muss das alles deshalb erwähnen, weil "Industrie- und Sozialarbeit" - jedenfalls in den fünfziger Jahren - kein den Quellen allgemein geläufiger und selbstverständlicher Begriff ist. Dass es so schwer zu scheinen fällt, das Kind auf einen einheitlichen gemeinsamen Namen zu taufen, hat auch viel mit der Geschichte der Industrie- und Sozialarbeit zu tun. Es spiegelt ihre vielfältigen, unterschiedlichen Anfänge durch eine Vielzahl von ganz unterschiedlichen Personen und Institutionen.

Überhaupt ist der Industrie- und Sozialarbeit, dem neuen sozialen Protestantismus, - das jedenfalls ist der Eindruck eines außenstehenden Betrachters - ein stark individualistischer Zug eigen, Folge einer schon in den Anfängen eingegebenen Vielgesichtigkeit und Vielförmigkeit, der nochmals durch den föderalen Aufbau der Industrie- und Sozialarbeit, durch ihre Verankerung in den Landeskirchen, verstärkt wird. Das Gespräch mit Zeitzeugen, mit den Gründerinnen und Gründern der verschiedenen in der Industrie- und Sozialarbeit bestehenden Arbeitszweigen, vermittelt einem desöfteren das Gefühl: In der Industrie- und Sozialarbeit kennt man sich untereinander, man schätzt sich - aber konkret voneinander wissen tut man eigentlich recht wenig. Und doch ist andererseits das Wissen von sachlicher und personeller Zusammengehörigkeit zu spüren, ja als Eindruck bei den Zeitzeugen sogar gelegentlich vorherrschend: die "stille Einheit in der Vielfalt", die Gemeinsamkeit des Anliegens, das Übereinstimmen im großen und ganzen erscheint ihnen als das eigentliche Erfolgsgeheimnis des Aufbaus der Industrie- und Sozialarbeit und als das in Erinnerung bleibende "schöne" Erlebnis der Gründerjahre. Nähe und Distanz, Vielfalt und Einheit scheinen also in einer schwer feststellbaren Mischung das Bild der Industrie- und Sozialarbeit - von ihren Anfängen bis heute - zu prägen.

So unbekannt die Industrie- und Sozialarbeit der weiteren Öffentlichkeit geblieben ist, so wenig kennen sie auch die allgemeine historische Forschung, ja selbst die Instanzen, die gewissermaßen berufsmäßig Kirchengeschichte betreiben. Nach den gemachten - und in diesem Punkt überraschen-

den - Erfahrungen stellt "Industrie- und Sozialarbeit" selbst für viele Kirchenarchivare ein Buch mit sieben Siegeln dar, mit dem man nichts anzufangen weiß. Einige Forschungsarbeiten zur Industrie- und Sozialarbeit oder zu Ausschnitten aus ihr gibt es gewiss. Sie sind zumeist inspiriert worden von den Inhabern theologischer Lehrstühle an Universitäten, die sich vorwiegend mit evangelischer Sozialethik befassen. Dieser Zweig der Theologie, die Entwicklung von Leitlinien für allgemein praktisches aber auch politisches soziales Handeln liegt der Industrie- und Sozialarbeit am nächsten. Sie bildet gewissermaßen deren beständige Probe aufs Exempel. Unausgesprochen steht in all diesen Arbeiten in einem weiteren Sinn Theologiegeschichte im Vordergrund. Die Ermittlung und Deutung theologischer und sozialetischer Konzeptionen, so wie sie von den Gründerinnen und Gründern der Industrie- und Sozialarbeit explizit oder implizit entwickelt und vertreten wurden, macht das eigentliche primäre Anliegen aus, das immer zu spüren ist. Dabei kommt es im übrigen auch nicht so sehr auf die Darstellung der chronologischen Entwicklung des Systems, sondern die komplette, vollständige Darstellung seiner inneren Geschlossenheit an. Das abgerundete Ganze soll vorgestellt werden. Gleichzeitig richtet sich das Interesse darauf, die soziologischen Grundlagen, die Sicht von Welt und Gesellschaft, auf denen als Grundannahmen das theologische Gebäude ruht, herauszufinden und vorzuführen. Das mündete schließlich in die Vorstellung, die Industrie- und Sozialarbeit gliedere sich im wesentlichen in drei, maximal vier unterschiedliche "Modelle", die sich gedanklich - theologisch-soziologisch - und im Arbeitsansatz praktischer Methodik unterscheiden ließen. In der Industrie- und Sozialarbeit ist diese Ansicht teilweise übernommen, in letzterer Zeit aber zunehmend als unzutreffend zurückgewiesen worden.

Kurzum: aus der Sicht eines nichttheologischen Betrachters ist das Bild, das jene Untersuchungen vermitteln und mit der Industrie- und Sozialarbeit identifizieren, etwas künstlich. Menschen sind keine Wesen aus Fleisch und Blut, sondern Träger von mehr oder minder abstrakten Konzeptionen, die sie allesamt konsequent verfolgen. Eine spröde, sperrige, gedankenschwere Welt.

Überhaupt ist dabei ein Übermaß an Theologie und Abstraktion im Spiel! Schließlich stellt die Industrie- und Sozialarbeit auch ein Stück profaner Geschichte dar. Die Industrie- und Sozialarbeit entwickelte sich und wirkte vor dem Hintergrund einer jeweils aktuellen politischen Situation und es ist und bleibt ein Manko, sie nicht in diese Tagespolitik einzubinden, sie vor diesen Background zu projizieren und aus ihren zeitgeschichtlichen Bezügen zu erklären. Falls es denn je eine Geschichte der Industrie- und Sozialarbeit geben sollte, wird sie im weiteren Sinn als profane und politische Geschichte

geschrieben werden müssen. Politisch meint dabei z.B. die eigene Organisationsgeschichte der Industrie- und Sozialarbeit - noch nie angepackt und beschrieben -, wichtig, weil sich in ihr soviel an typischem Zeitgeist und zeitgenössischen Vorstellungen widerspiegelt. Politisch meint auch ihre Bezüge zu den Gewerkschaften - ein ganz besonders spannendes Kapitel - ihre Bezüge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und anderem mehr. Politisch meint auch, Wirkungen und Resultate herausfinden, wenngleich sich dies als ganz besonders schwierig erweisen wird. Politisch meint auch in Stellungnahmen Formelkompromisse entdecken, aufzeigen, wo im politischen Streit - sei er extern oder intern - Position bezogen und wo ausgewichen wurde. Man wird freilich nie dabei vergessen dürfen, dass die Industrie- und Sozialarbeit eine kirchliche Instanz ist.

Fragen wir also: Wo ist - nach allem, was wir bis jetzt wissen - der Platz der Industrie- und Sozialarbeit in der deutschen Nachkriegsgeschichte - in der Geschichte der deutschen Gesellschaft und der Geschichte der Evangelischen Kirche?

Wer sich um Antworten auf diese Fragen bemühen will, muss zunächst bei der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Industrie- und Sozialarbeit einsetzen.

## **A Etappen und Konturen der evangelischen Industrie- und Sozialarbeit im Überblick**

Die Industrie- und Sozialarbeit ist die Bündelung und Zusammenfassung eines historisch gewachsenen Chaos. Dass sich daraus einmal ein halbwegs zusammenhängender Arbeitszweig ergeben würde, war anfangs weder intendiert noch abzusehen. Diese Entwicklung grenzt an ein Wunder. Überall dominiert zunächst das Interesse und Engagement von Einzelpersonen. Kirchliche Werke und Verbände werden alsbald unterstützend aktiv. Doch im Chaos herrscht keine Regel ohne Ausnahme: gelegentlich gehen Initiativen für die spätere Industrie- und Sozialarbeit von den Landeskirchen direkt aus, wie zum Beispiel in Westfalen und im Rheinland. Alles in allem: ein wildes, kaum zu durchschauendes und nur schwer vernünftig zu ordnendes Durcheinander.

Die Kombination und der gelegentlich aufbrechende Gegensatz von Neu und Alt kommt, die Dinge erschwerend und komplizierend, hinzu. Alte Ansätze des Sozialen Protestantismus aus der Zeit vor 1933 leben zum Teil wieder auf. Doch - wie angedeutet - nicht diese Tradition wird bestimmend für die Industrie- und Sozialarbeit. Die Zeiten und Verhältnisse haben sich nach 1945 grundlegend

gewandelt: die Evangelische Kirche wird organisatorisch neu aufgebaut, wobei die Landeskirchen an Bedeutung gewinnen; der auf dem Vereinsprinzip basierende Kulturprotestantismus wird zurückgedrängt; an die Stelle des Dualismus von sozialistischen und christlichen Gewerkschaften tritt die neue Einheitsgewerkschaft des DGB. Das Bezugsgefüge des alten sozialen Protestantismus ist weitgehend untergegangen. Nur wer sich den neuen Umständen anzupassen vermag, ist modern, zukunfts- und überlebensfähig. Neben den nicht sehr zahlreichen Traditionssträngen, die aus der Zeit vor 1933 in die nach 1945 hinüberreichen und fortgeführt werden, entwickeln sich ganz neue Ansätze von Neueinsteigern und sie werden mehrheitlich für die Industrie- und Sozialarbeit prägend. Das Arbeitsfeld "Sozialer Protestantismus" wird nicht restaurativ wiederhergestellt, es wird auch nicht eigentlich reformierend wiederaufgebaut, sondern als Aufgabe neu entdeckt und methodisch neu erschlossen. Wie dies geschieht? Hinter dieser so simpel erscheinenden Frage verbirgt sich eine Fülle von einzelnen, fast in jedem Fall unterschiedlichen Einzelgeschichten und biographisch geprägten individuellen "Anmarschwegen", die kaum auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind. Das macht es denn auch so schwer, die Geschichte der Industrie- und Sozialarbeit zu erzählen und zu schreiben. Mit der Zeit, bis zum Ende der fünfziger und zum Beginn der sechziger Jahre, schält sich jene duale Grundstruktur heraus, die für die Industrie- und Sozialarbeit bestimmend war und bis heute bestimmend bleibt: zum einen eine Reihe landes- und gesamtkirchlicher Ämter und Institutionen (später zum "KDA" zusammengefasst), und zum anderen eine von der Männerarbeit initiierte Laienbewegung, das Evangelische Arbeiterwerk, bzw. nach 1962 die Evangelische Arbeitnehmerschaft, die in loser Form evangelische Christen sammelt und - unter ganz anderen Vorzeichen! - die Tradition der christlichen Gewerkschaftsbewegung fortführt.

Das sie einende und verbindende Band stellt die bis 1987 bestehende Aktionsgemeinschaft für Arbeiternehmerfragen (zunächst: - für Arbeiterfragen, Umbenennung ab 1962) dar. Im Kern ist diese duale Struktur der AkfA schon bei ihrer Gründung 1951 angelegt. Der Aufbau des Arbeiterwerks erfordert jedoch Zeit und Kraft. Der Startschuss für das Arbeiterwerk fällt definitiv auch erst im Jahr 1951; einige wenige zuvor bestehende kirchliche Ämter haben insofern einen zeitlichen Vorsprung, aber kein alleiniges Zeugungs- und Ursprungsrecht für die Industrie- und Sozialarbeit.

### **"Anmarschwege", tragende Säulen und der Einschnitt von 1951**

Überhaupt darf das Jahr 1951 als das Epochejahr in der frühen Geschichte der Industrie- und Sozialar-

beit gelten. Bis etwa 1951 reicht die Zeit der individuellen "Anmarschwege" der ersten Gründerinnen und Gründer in jenes Arbeitsgebiet, das man später Industrie- und Sozialarbeit nennen wird. Bis dahin sind - grosso modo - erste Konturen der späteren Arbeit sichtbar. Vor allem aber ist es die Zusammenfassung der bis dato bestehenden Ansätze in der Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, die - wenigstens rückblickend - 1951 zum Einschnittsjahr macht.

Mustert man das Geflecht von Akteuren und Institutionen der "ersten Stunde" durch, stößt man auf die Initiativen von 6 Personen und Institutionen, die die Keim- und Entwicklungszellen der Industrie- und Sozialarbeit und später ihre tragenden Säulen ausmachen. Es sind dies:

1. Eberhard Müller als Gründer der Akademie Bad Boll
2. Ernst zur Nieden als Kopf der Männerarbeit der EKD
3. Klaus von Bismarck als Leiter des Sozialamts der Evangelischen Kirche von Westfalen
4. Horst Symanowski als Gründer des Seminars für kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft in Mainz-Kastel
5. Carl-Gunther Schweitzer als Mitgründer der Evangelischen Sozialakademie Friedewald
6. Friedrich Karrenberg als Vorsitzender des Sozialethischen Ausschusses der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Damit ist der Blick zunächst auf die Spitze und spätere Zentren der Industrie- und Sozialarbeit gerichtet. Welche Geschichten wären hier jetzt nicht zu erzählen? Die einzelnen Lebensgeschichten, individuell angelegt, durch große, tragische und kleinere, unscheinbarere Zeitumstände plötzlich in ganz andere Bahnen lenkt: der Adelige mit dem großen Namen, Landwirt und Berufsoffizier, der im kirchlichen Auftrag eine Entdeckungsreise in die Arbeitswelt des Bergbaus unternimmt; der dem kirchlichen Widerstand angehörende Pfarrer aus Masuren (wo es keine Fabriken gibt), der selbst in Mainz zeitweilig zum Fabrikarbeiter wird; der Theologe und Bildungsarbeiter aus der Tradition des Sozialen Protestantismus vor 1933, der mühevoll eine Sozialschule wiederbegründet, in einem Alter, in dem man heute gezwungen oder freiwillig in den Vorruchstand tritt.

Zeitgleich und parallel dazu vollzieht sich auch an der damaligen und späteren Basis der Industrie- und Sozialarbeit ein Aufbruch. Menschen machen aufgrund individueller Erlebnisse und Entscheidungen eine Tätigkeit in der Industrie- und Sozialarbeit zur ihrer "Lebensaufgabe" oder ihrem erstrebtem Berufsziel, zumindest für eine Zeitlang.

Wege kreuzen sich; man engagiert sich - direkt oder mittelbar - zumeist im Umfeld der oben aufgeführten sechs Zentren. Dabei werden die Akademien, die Männerarbeit und die Sozialakademie zu besonders wichtigen Rückhalten und Sammelbecken, weil sie eine landeskirchliche Untergliederung haben oder überregional, bundesweit, wirken.

Paul Gerhard Jahn, ein junger Theologiestudent, der zufällig mit der Sozialakademie in Kontakt kommt, Neigung zur Bildungsarbeit entwickelt, dort einige Jahre Dozent wird und sich später in der evangelischen Jugendarbeit engagiert oder Henry Lillich, ein gelernter Feinmechaniker, der über Zwischenstationen in der Pfalz und in Friedewald zum Geschäftsführer der AkfA wird, wie auch Christa Sprunge, die nach Flucht und Vertreibung ein Theologiestudium in England beginnt, sich anschließend in Westfalen um Textilarbeiterinnen kümmert, später nacheinander Mitarbeiterin in Villingen, Bad Boll und Mainz-Kastel wird, sind Beispiele. Es ist ein merkwürdiges Gemisch aus Zufälligkeiten, Neigungen und Zwängen auf der Suche nach einer sinnerfüllten Existenz, das in die Industrie- und Sozialarbeit führt, die zu diesem Zeitpunkt weder als Begriff noch als Arbeitsfeld bereits besteht, sondern gerade durch dieses Engagement erst im Werden begriffen ist.

Listet man die einschlägigen Namen derjenigen auf, die die Industrie- und Sozialarbeit in diesem Sinn zu ihrer Sache machen, kommt man (bis 1951/52) auf etwa 50 Personen. Der weit überwiegende Teil ist den Neueinsteigern zuzurechnen und steht nicht in der Tradition des früheren sozialen Protestantismus. Auch solche Persönlichkeiten, aus der älteren Generation zumeist, gibt es: Paul Hartmann, früherer evangelisch-christlicher Gewerkschaftssekretär und bis 1951 Dozent an der Sozialakademie und Friedrich Lohmann, ein in Bethel ausgebildeter Diakon, wie auch Helmut Harries sind zu nennen.

### **Die Industrie- und Sozialarbeit als Schnittmenge und ihre Bühnen und Klammern**

All das ist schließlich eingebettet in den größeren Kreis traditioneller, etablierter kirchlicher Werke wie des Hilfswerks und der Inneren Mission (1957 zur Diakonie vereinigt) und der Jugendarbeit, die, flankierend und im Hintergrund stehend, "Geburts-hilfe" leisten. Die Geschichte der Sozialakademie, die von der Inneren Mission und dem Hilfswerk, der Männerarbeit und der Ev. Kirche im Rheinland mitgetragen wird, macht das exemplarisch deutlich.

Nimmt man es genau, ist die evangelische Industrie- und Sozialarbeit in großen Teilen recht eigentlich ein Schnitt- und Teilmengenprodukt solcher kirchlicher oder kirchennaher Institutionen, Werke

und Verbände, die später in der zweiten Reihe hinter der Industrie- und Sozialarbeit stehen werden. Die Industrie- und Sozialarbeit entsteht wesentlich daraus, dass evangelische Akademien, Männerarbeit, Hilfswerk und Innere Mission, die Gossner-Mission, evangelische Jugendverbände, die evangelische Frauenarbeit, der Deutsche Evangelische Kirchentag u.a. sich in diesem Feld zusätzlich verankern, spezielle Arbeitszweige dafür entwickeln und aus sich ausgliedern. Mit anderen Worten: die Industrie- und Sozialarbeit ist das Produkt einer Zellteilung.

Das macht es zusätzlich noch schwerer, organisatorisch und konzeptionell Grenzen zu ziehen, feste Konturen der Industrie- und Sozialarbeit zu umreißen. Zum Beispiel gegenüber der Diakonie. Paul Collmer, Vizepräsident des Diakonischen Werkes, gehört eigentlich nicht zur Industrie- und Sozialarbeit. Aber da Innere Mission und Hilfswerk die Sozialakademie mit aus der Taufe gehoben haben, nimmt er für sie Sitz und Stimme im Kuratorium der Akademie ein. Als man 1955 in der Bundesrepublik verstärkt über die Sozialreform zu diskutieren beginnt und auch die Sozialakademie (bzw. die AkfA) diese Diskussion mit einem eigenen evangelischen Beratungskreis aufgreift und zu vertiefen sucht, holte man ganz selbstverständlich Paul Collmer als Experten für Sozialfragen. Aber: Wenige Jahre später nur beginnen in der Bundesrepublik die Verhandlungen um das neue Sozialhilfegesetz, wichtige Grundlage für alle Wohlfahrtsverbände. In der Industrie- und Sozialarbeit nimmt man dies, so scheint es, nur noch am Rande wahr. Dort hat man mit anderen Fragen zu tun. Einer Fürsorge bedurfte der Arbeiter im damaligen "Wirtschaftswunderland" Bundesrepublik nicht mehr. Dennoch hat es damals und auch später noch personellen Austausch und konzeptionelle Verbindungen zwischen der Industrie- und Sozialarbeit und der Diakonie gegeben. In ähnlicher Weise könnte man solche sich lösenden, fortbestehenden und wieder neu knüpfenden Verflechtungen der Industrie- und Sozialarbeit zu den Bereichen der Jugendarbeit oder der Missionswerke oder der internationalen Ökumene zeigen.

Kurzum: Industrie- und Sozialarbeit weist fließende, fluktuierende, ausfransende Grenzen auf. Das ist zum Gutteil eine Folge davon, dass die Industriegesellschaft zunehmend alle Lebensbereiche durchdringt, eine Erkenntnis, die in der Industrie- und Sozialarbeit vor allem in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zu voller Ausprägung und zu Bewusstsein kommen wird. Hier, in den organisatorischen Anfängen, mit ihren vielfältigen Zellteilungen, Ausgliederungen und bleibenden Querverbindungen zwischen Mutter- und Tochterzellen ist dies alles unbewusster, unreflektierter schon erkennbar, fassbar und gleichzeitig auch verwurzelt.

Wegen ihres landeskirchlichen, regionalen so vielzelligigen Aufbaues ist die Existenz von verschiedenen, zusammenfassenden Bühnen in der Geschichte der Industrie- und Sozialarbeit so wichtig und bedeutsam. Derlei Bühnen und Klammern gibt es eine ganze Reihe: die Arbeitsgruppe IV des Deutschen Evangelischen Kirchentages, die Sozialkammer der EKD, die Zusammenschlüsse der Hauptberuflichen in der Industrie- und Sozialarbeit: der Sozialsekretäre und der Sozialpfarrer, ASS und ASIA. Als gemeinsames Forum wirkt eine - wiederum 1951 in Zusammenhang mit der Gründung der AkfA - ins Leben gerufene Zeitschrift mit dem Titel "Die Mitarbeit", deren erste Nummer im April 1952 erscheint. In diesem Fall hat man bei der Namenswahl eine glückliche Hand: Mitarbeit ist Name und Programm zugleich, Schlüsselwort für die intendierte Mitgestaltung und Weiterentwicklung der Verhältnisse in Gesellschaft und Kirche.

### **Aufbauleistungen der Gründer**

Die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Industrie- und Sozialarbeit ist kompliziert, aber sie darf - alles in allem - als Erfolgsgeschichte gelten. Die Gründungszentren etablieren sich, gewinnen an Gewicht und erfahren personelle Verstärkung. Wie leicht schreibt und sagt sich das, und welche Arbeitsleistung, welche Kraftanstrengung verbirgt sich in Wahrheit dahinter! Etwa diejenige eines Horst Symanowski, der in Mainz-Kastel beim Bau des Gossner-Hauses über Jahre hinweg buchstäblich Ziegelstein auf Ziegelstein setzte oder die eines Eberhard Müller, der es beim Aufbau seiner Akademie mit landeskirchlicher Rückendeckung und Unterstützung leichter hatte, nicht so direkt mit Hand anlegen musste, und sich stattdessen in das politische und kirchenpolitische Kampfgetümmel stürzen konnte, für seine Ansichten focht, scheinbar nimmermüde und lustvoll eine Sitzung und Initiative an die nächste reihte, oder schließlich die Sozialakademie in Friedewald, wo man in einem abseits gelegenen Herrgottswinkel südlich des Siegerlandes ein altes Schloss mit neuem Leben erfüllte, einer neuen Aufgabe zuführte, und - gelegentlich aufflackernden Umzugsplänen und großen finanziellen Schwierigkeiten zum Trotz - beim Ausbau des zunächst rustikalen Hauses verantwortungsvoll auch noch etwas für den Denkmalschutz tat.

Neue, für die Industrie- und Sozialarbeit typische Berufe entwickeln sich: der Sozialsekretär, der den Brückenschlag zur Arbeiterschaft vollziehen soll, und der Sozialpfarrer. Eigentlich ist das eine Wiederbelebung schon früherer Berufsbilder des Sozialen Protestantismus, andererseits bergen sie so viel Neues in sich, das man mit Fug und Recht von einer Neuentwicklung sprechen muss. Die Zahl der Sozialsekretäre bildet einen guten Wachstumsindikator für die Industrie- und Sozialarbeit insgesamt:

1953: 23 1955: 54 1964: 90 Sozialsekretäre. Auch in der Geschichte der Laienbewegung, des Arbeiterwerks, spiegelt sich der Wachstums- und Etablierungsprozess. Die Pfalz genießt den Rang eines vorbildhaften Beispiels. Im Mai 1950 wird in Ludwigshafen die erste dieser Laiengruppen gegründet. Bis 1956 kommen Gruppen in 7 weiteren pfälzischen Städten und Orten hinzu; bis 1958 erreicht man die Zahl von 12 lokalen Arbeiterwerken (die in einem Landesverband zusammengeschlossen waren).

### **Forcierter Aufbau in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre**

Innerkirchlich ist vor allem die Synode von Espelkamp im März 1955, die sich mit dem Thema *Die Kirche und die Welt der industriellen Arbeit* befasst, der Anerkennungs- und Durchbruchserfolg der Industrie- und Sozialarbeit in den fünfziger Jahren. Es kommt noch hinzu, dass im November desselben Jahres der Rat der EKD eine durch die Arbeit der Industrie- und Sozialarbeit seit langem vorbereitete richtungweisende Klärung in der Gewerkschaftsfrage ausspricht, und damit die Türen für die Kooperation der Industrie- und Sozialarbeit mit der Arbeiterschaft und den Industriegewerkschaften des DGB weit aufstößt, was auch dem Ausbau des Arbeitszweiges zugute kommt. Das Jahr 1955 bildet - neben 1951 - den zweiten Dreh- und Angelpunkt in der Geschichte der Industrie- und Sozialarbeit.

Jetzt, in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, geht es mit dem Ausbau noch einmal zügiger und kräftiger voran. Vor allem die Sozialsekretäre profitieren davon, quantitativ und qualitativ. Ein regelmäßiges Ausbildungsprogramm in Form halbjährlicher Kurse, die Grundlagen für den Beruf vermitteln, läuft 1957 an. Die Zeit der anfänglichen Improvisation ist endgültig zu Ende. Das zeigt sich auch andernorts. Das Seminar Horst Symanowskis in Mainz-Kastel nimmt etwa zeitgleich (1956/57) seine reguläre Tätigkeit auf. Neue Sozialpfarrstellen werden eingerichtet. Neue Themen gewinnen an Gewicht. Die sich rasant fortentwickelnde und überall durchsetzende Industriegesellschaft wirkt - jetzt nach Überwindung von Mangel und Knappheit - in schärferer Form und zugespitzterer Weise Fragen auf: Sonntagsarbeit, Sozialreform, Freizeit und Freizeitverhalten, Abhängigkeiten und Folgewirkungen der industriellen Arbeitsverhältnisse auf Familienleben und Wohnwelt, die Arbeit von Jugendlichen im Betrieb, Ausländische Arbeitnehmer, die Verteilung der Eigentumsverhältnisse in der Bundesrepublik. Zeugnisse des erreichten Wohlstandes und gesteigerte Anforderungen an die menschliche Leistungs- und Verfügungsbereitschaft in der industriellen Welt stehen nebeneinander und sich gegenüber. Generell wird die Industrie- und Sozialarbeit in die-

ser Zeit "politischer", gesellschaftskritischer, ohne das industrielle und marktwirtschaftliche System zumeist grundsätzlich in Frage zu stellen.

### Am Anfang der Sechziger Jahre

Die Zeit zu Beginn der sechziger Jahre markiert dann nochmals einen Einschnitt. Mit dem Ende der Ära Adenauer als dem Abschluss der Gründerjahre der Bundesrepublik klingen auch die Gründerjahre der Industrie- und Sozialarbeit aus, die in der sich fortentwickelnden pluralistisch-demokratischen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft "Bundesrepublik" und in der Evangelischen Kirche nunmehr ihren Platz und ihre Gestalt gefunden hatte.

1960 verselbständigt sich das Arbeiterwerk, löst sich vom Mutterschiff "Männerarbeit". Nach einer 1962 vorgenommenen Umbildung der Aktionsgemeinschaft treten kirchliche Ämter und Institutionen und die Laienbewegung des Arbeiterwerks gleichberechtigt nebeneinander: das ist Ausdruck des abgeschlossenen Aufbau- und Etablierungsprozesses der Industrie- und Sozialarbeit. Zugleich spiegelt sich darin der gesellschaftliche Aufstieg der Arbeiterschaft in der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft" Bundesrepublik wider.

Gleichzeitig kündigen sich neue Wandlungen an, die das Gesicht der Industrie- und Sozialarbeit in den sechziger Jahren bestimmen werden. Das für die Evangelische Kirche neue Instrument der Denkschriften bricht sich mit der ersten Denkschrift zur Eigentumsfrage Bahn; damit einher geht der Aufstieg der Sozialkammer der EKD, ein auch zuvor schon nicht unwichtiges Beratungsorgan der EKD, das aber erst nach 1962 und durch die Denkschriften eine entscheidende Rolle bei der sozialetischen Meinungsbildung übernehmen wird.

Ein neues theologisches Weltbild und Selbstverständnis der Kirche setzt sich durch. Das von H.D. Wendland entwickelte Konzept der gesellschaftlichen Diakonie, das zum Leitbild der Sozialsekretäre wird, erhebt die dienende Funktion der Kirche in und an der Welt zur eigentlichen Bestimmung und Berufung der Kirche. Im Jahre 1962 veröffentlicht der Sozialausschuss der Ev. Kirche von Westfalen die unter Mitarbeit von Wendland zustandekommene Schrift "*Verantwortliche Gesellschaft in der säkularen Welt*". Von seinem theologischen Gehalt abgesehen, besteht das Neue in einer gelasseneren Einstellung gegenüber dem Phänomen der Säkularisierung. Am Anfang und noch in der Mitte der fünfziger Jahre ist bei vielen Gründern eine angst- und sorgenvolle Abwehrhaltung gegenüber der Säkularisierung erkennbar. Die Gefahr der Säkularisierung besteht darin, dass sie scheinbar unvermeidlicherweise im politischen Totalitarismus endet. Jetzt, mit der Etablierung von Demokratie

und Pluralismus kehren Normalität und Ruhe ein, wird man in dieser Hinsicht abgeklärter.<sup>2</sup>

Es ist überhaupt die Zeit, in der man das eigene frühere Erbe nochmals wiegt und wägt. Den Anlass dazu liefern die Gruppen des sozialen Katholizismus zu denen man in der Gewerkschaftspolitik in einer wechsel- und spannungsvollen Mischung von Kooperation und Abgrenzung steht. Die Katholiken knüpfen gegen Ende der fünfziger Jahre expressis verbis an die "christlich-soziale Tradition", dem vormals erklärten Gegenbild zu sozialistischen Vorstellungen, an und laden die Industrie- und Sozialarbeit ein, es ihr gleichzutun. Das freilich sind für die Industrie- und Sozialarbeit hohle rückwärtsgewandte Anschauungen von vorgestern. Ihr erscheint das wie eine unzulässige Vermischung von Politik und Konfession, sie glaubt jetzt, wie schon nahezu von ihrem Beginn an, daran, dass in den Gewerkschaften ein Wandel zum demokratischen Sozialismus stattgefunden hat.

Seit Ende der fünfziger Jahre muss auch das Verhältnis der Industrie- und Sozialarbeit zu den Unternehmern neu bestimmt werden. Konferenzen wie diejenige auf der Margarethenhöhe (Januar 1959) oder die gemeinsame Tagung *Die Verantwortung von Kirche und Unternehmerschaft* mit der Walter Raymond-Stiftung finden statt (1964).

Schließlich steht auf einigen wichtigen Positionen der Industrie- und Sozialarbeit ein erster personeller Wachwechsel an. Die ersten Lotsen gehen von Bord. Schüler, Nachfolger und Erben rücken nach. Bismarck verlässt das Sozialamt Villigst, in der Sozialakademie Friedewald übernimmt ein neues Gespann die Führung, die Funktion des Geschäftsführers der Sozialkammer wird neu besetzt, das Arbeiterwerk erhält eine neue Führung.

Geschäftige Professionalität tritt an die Stelle von Suche und Aufbruch des frühen Anfangs.

## B Einzelfragen und -probleme

### Der interne Doppelkonflikt um das Vereinsprinzip und die Gewerkschaftspolitik

Es darf freilich nicht versäumt werden, darauf hinzuweisen, dass die auf den ersten Blick so helllichtig erscheinende Aufstiegs- und Erfolgsgeschichte der Industrie- und Sozialarbeit eine zwielichtigere Schattenseite aufweist: ein interner Zwist, eine heute nicht mehr ganz verständliche und vielen Betrachtern und rückblickenden Akteuren fraglich erscheinende grundsätzliche Weichenstellung: die Industrie- und Sozialarbeit, der neue Soziale Protestantismus nach 1945 organisiert sich nicht mehr als

zuvor der frühere Kulturprotestantismus in Form des rechtsförmigen Vereins, er bevorzugt stattdessen den Aufbau loser Gruppen. Der Verein gilt der Mehrheit in der Industrie- und Sozialarbeit nach den Erfahrungen der NS-Zeit als rückständig, nicht mehr zeitgemäß. Ihm wohnt das Risiko der Erstarrung, der Selbstgenügsamkeit, der formellen Vereinsmeierei inne. Dadurch ist er auch für totalitäre Gefahren anfällig. Für die neue Industrie- und Sozialarbeit ist der Verein vor allem Ausdruck der bürgerlichen Exklusivität der Kirche. Ihr Ideal ist die offene Bewegung, die lebendige Ortsgemeinde, auf die auch die Arbeiter hinzuführen und in die hinein sie zu integrieren sind. Vor allem Klaus von Bismarck und Ernst zur Nieden sind die Fürsprecher dieser Richtung.

Aber das Vereinsprinzip stirbt nach 1945 nicht einfach sang- und klanglos aus. Es lebt in Form der evangelischen Arbeitervereine wieder auf und hält sich, zusammengefasst in der EAB, mit kleinen Mitgliederzahlen, zäh. Die evangelischen Arbeitervereine bilden ein Element der Tradition des Sozialen Protestantismus aus der Zeit vor 1933 und ragen kraft ihrer Tradition in die neue Industrie- und Sozialarbeit hinein und fallen gleichzeitig dadurch auch wieder aus ihr heraus. Man ist versucht, das Bild von den verfeindeten Brüdern zu verwenden, um diese ganz eigentümliche Beziehung zwischen der EAB und der übrigen Industrie- und Sozialarbeit zu beschreiben. Eigentlich gehören sie zusammen, weil sie ein- und derselben Familie entstammen, den gleichen Namen tragen; sie sind sich dessen auch bewusst und streben nach Zusammenschluss und Nähe - und doch sind die Meinungsunterschiede und die Gräben so groß, dass sie nicht dauerhaft unter einem Dach zusammenleben können. Diese Meinungsunterschiede betrafen vorwiegend politische Fragen und brachen zumeist in Zusammenhang mit der Gewerkschaftspolitik auf; Vereinsfrage und Gewerkschaftspolitik bildeten einen zusammenhängenden Doppelkonflikt, bei dem die Gewerkschaftspolitik allerdings im Vordergrund stand.

Es ist dieser Doppelkonflikt, der in der Industrie- und Sozialarbeit zur Scheidelinie zwischen Tradition und Moderne wird. Er belastet und zerstört die Einheit der in der AkfA zusammengefassten Industrie- und Sozialarbeit. 1952, auf der Tagung in Schmie, die am Anfang der Geschichte der AkfA steht, ließen sich die "Fronten" noch überbrücken. Zwei bis drei Jahre später, als die EAB im Vorfeld der Gründung christlicher Gewerkschaften aus der AkfA austrat, nicht mehr. Eine Existenzgefahr für den neuen, modernen sozialen Protestantismus resultierte daraus jedoch nicht mehr. Sein Rückhalt und sein Gewicht in Kirche, Gewerkschaft und Gesellschaft waren schon damals weitgehend gefestigt. Und ganz zerschnitten war das Tischtuch mit der EAB auch dann noch nicht. Man bemühte sich,

die Türen offen zu halten, entsandte Gastdelegierte in Gremien und Tagungen unter Sonderstatus. Zu Beginn der sechziger Jahre setzten dann wiederum Bemühungen für eine erneute Zusammenführung beider Zweige ein, die zunächst auch von Erfolg gekrönt sind. Doch das Glück der Gemeinsamkeit währt nur kurz. Schon bald kommt es - in anderen Konstellationen - erneut zur Trennung. Die immer wieder neu angestrebte organisatorische Einheit des Sozialen Protestantismus nach 1945 war und ist ein spezifisches Problem dieses Arbeitszweiges geblieben.

Der "Bruderzwist", wirksam vor allem in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, um der Einheit willen mit Formelkompromissen gekittet, im Wechselspiel von Streit und Versöhnung ertragen und erlitten, gehört also auf die Minussseite der Bilanz. Er hatte freilich auch sein Gutes. Denn er zwang die neuere Industrie- und Sozialarbeit dazu, die eigene Position immer wieder neu zu prüfen, zu durchdenken und zu präzisieren. Wesentliche konzeptionelle Grundzüge und Grundüberzeugungen, die für die Industrie- und Sozialarbeit nach 1945 konstitutiven Charakter besitzen, haben so ihre Gestalt gefunden. Das gilt vor allem im Hinblick auf die für die Industrie- und Sozialarbeit so wichtige Gewerkschaftspolitik, eben der Zankapfel im Streit mit der EAB. Hierbei ging es um die Einschätzung der sozialistischen Tendenzen in den Gewerkschaften und um den zu ihrer Abwehr und Eindämmung einzuschlagenden Kurs<sup>3</sup>. Die EAB - zumindest ihre Führung - neigte im Zweifelsfall tendenziell zur Konfrontation. Die Mehrheit der neueren Industrie- und Sozialarbeit setzte auf ein Konzept von "Wandel durch Annäherung". Dass sie nun - wie vor allem das Arbeiterwerk - auf lose zusammengefügte Gruppen setzte, dass sie dem Ideal der Bewegung anhing, dass sie, soweit als irgendmöglich, darauf verzichten wollte, neue Organisationen zu schaffen oder dabei doch nur das unumgänglich notwendige Mindestmaß zulassen wollte, machte es ihr leicht, sich den Gewerkschaften anzunähern.

Leitbild für die Industrie- und Sozialarbeit war der in Arbeitswelt, Gewerkschaft und Gesellschaft tätige evangelische Christ. Die Rolle der Industrie- und Sozialarbeit beschränkte sich dabei bewusst auf eine motivierende, flankierende, helfende und begleitende Funktion. Die Mitgliedschaft des Christen in der weltlichen Organisation genoss daher primären Rang. Mit der eigenen Organisationsform stand man in nachgeordneter Position, gewissermaßen in der zweiten Reihe. Der Verein - ob zu Recht oder zu Unrecht, mag dahingestellt bleiben - schien genau das entgegengesetzte Prinzip zu verkörpern.

Es gibt im übrigen einige Indizien dafür, dass die Auseinandersetzungen um das Vereinsprinzip und der Zwist zwischen den Brüdern "Arbeiterwerk" und "Arbeitervereine" an der Basis anfänglich nicht

recht verstanden und nachvollzogen, und dieser Kurs gewissermaßen "von oben" durchgesetzt wurde. Ausgerechnet die Gründer des Arbeiterwerks in der Pfalz - die Pfalz genießt später im Hinblick auf die Werbung von Tagungs- und Lehrgangsteilnehmern den Ruf eines Musterländes - wollen sich anfangs den evangelischen Arbeitervereinen in Essen anschließen. Einzig ihrem Vorsitzenden schwante dunkel, dass es wohl Auseinandersetzungen zwischen Männerarbeit und Arbeitervereinen gebe und wandte sich hilfe- und ratsuchend an die Sozialschule in Friedewald.

Wie angstvoll und eifersüchtig zugleich man an der Spitze der Männerarbeit darauf achtete, dass die evangelische Arbeiterbewegung nur ja nicht in falsche Hände geriet und sich verselbständigte, zeigte sich im Februar 1951, als die Sozialschule in Friedewald ihren Beirat zur ersten konstituierenden Sitzung zusammenrief. Ein Beratungs-, Koordinations- und Unterstützungsinstrument für die sich in den Landeskirchen entwickelnde Industrie- und Sozialarbeit und die Sozialschule sollte dieser Beirat sein. Ernst zur Nieden - zwar Kuratoriumsmitglied der Sozialschule, aber doch irgendwie falsch informiert oder beraten - interpretierte dies als Versuch Friedewalds eine eigene Arbeiterbewegung unter Führung der Schule zu schaffen. Daran war kein Wort wahr und der Verdacht erwies sich als völlig unbegründet, aber bis man dieses Missverständnis aufklären konnte, hatte es schon einen kleinen Sturm im Wasserglas gegeben: Ernst zur Nieden verfasste einen Rundbrief an die Sitzungsteilnehmer, in dem er sie und die Sozialschule dazu aufrief, die Kompetenzen der Männerarbeit und auch der Arbeitervereine als Vertretung der evangelischen Arbeiter zu wahren. Die Organisationsgeschichte der Industrie- und Sozialarbeit ist reich an solch unnötigen und kraftzehrenden großen und kleinen Konflikten.

Manche der damaligen und späteren Akteure werten die Weichenstellung entgegen des Vereinsprinzips als irreversiblen Geburtsfehler der Industrie- und Sozialarbeit. Wäre es gelungen, die Industrie- und Sozialarbeit fester zusammenzuführen, ihr eine fester gefügte "Massenbasis" zu verleihen, so hätte sie größeren Einfluss in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erlangen können. Die AkfA gilt dieser Blickrichtung als "Generalstab ohne Truppen". In der Tat gleicht die Industrie- und Sozialarbeit einer "Dame ohne (festen) Unterleib". Und die Erkenntnis relativer Einflusslosigkeit dämmerte schlaglichtartig schon gelegentlich den Zeitgenossen. Andererseits lässt sich dagegen einwenden, dass eine festere Zusammenfassung vielleicht doch auch mehr Probleme geschaffen als gelöst hätte. Sie hätte die Aussöhnung mit den Gewerkschaften vermutlich erschwert, gewiss nicht unmöglich gemacht, aber gewerkschaftlichem Misstrauen über die wahren Absichten der Protestanten Auftrieb ge-

geben und so wahrscheinlich die Überwindung der historischen Erblasten des früheren Bündnisses von Thron und Altar verzögert - und das war eine historisch für die Industrie- und Sozialarbeit vordringliche Aufgabe. Ob der soziale Katholizismus, der feste Verbandsstrukturen aufzuweisen hatte, so erfolgreich und durchsetzungsfähig war, wie es der Industrie- und Sozialarbeit erschien, ist im übrigen auch fraglich. Nicht, dass man ernsthaft je daran dachte, es den Katholiken gleichzutun. Im Gegenteil. Das Ideal der offenen Bewegung erwies sich immer als stärker, weil es in idealer Weise gleichzeitig Zugangs- und Austauschmöglichkeiten zur Kirche, zur Ortsgemeinde und zu weltlichen Organisationen eröffnete. Wo man evangelischerseits mit den Katholiken oder katholischen Gruppen in Berührung und Kontakt kam, das war hauptsächlich wiederum bei der Gewerkschaftspolitik der Fall, bestärkten diese Erlebnisse, trotz der als vorteilhaft registrierten katholischen Geschlossenheit, weit eher das Gefühl, dass man selber doch auf dem richtigen Weg sei. Wir werden auf all dies noch einmal zurückkommen, wenn wir über die politischen Leitlinien, das "evangelische Dilemma zwischen Segmentierung und Integration" sprechen und fragen, ob es überhaupt einen politischen Raum für einen eigenen festen evangelischen Verband gegeben hätte.

### **Eine "verkirchlichte" Industrie- und Sozialarbeit?**

Das Vereinsprinzip als Grundlage des Sozialen Protestantismus wird also abgelöst. An seine Stelle tritt, so ist gelegentlich zu hören und zu lesen, ein Trend zur Verkirchlichung, die direkte Anbindung an die Amtskirche, die nun als Trägerin selbst aktiv wird. Vor allem die Zeit nach 1955, nach der Synode von Espelkamp, stehe im Zeichen einer solchen Verkirchlichung. Diese Einschätzung setzt das für die Industrie- und Sozialarbeit so wichtige Laienideal nur gering an. Für mehr oder weniger direkte amtskirchliche Initiativen im neuen Sozialen Protestantismus gibt es zweifelsohne prominente Beispiele: der Sozialethische Ausschuss im Rheinland 1946, das Sozialamt und der Sozialausschuss in Westfalen (1946/1949), das schon 1951 eingerichtete Sozialpfarramt in Berlin, die Sozialkammer der EKD. Die Gründer, die in solchen amtskirchlichen Funktionen handeln konnten (Karrenberg, Bismarck, Poelchau), hatten es leichter, als jene, die sich ihre institutionelle Grundlagen erst schaffen mussten. Doch darf dies alles nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Durchsetzung und Etablierung der Industrie- und Sozialarbeit in der Evangelischen Kirche sich als langwieriger und schwieriger Prozess gestaltete. Verkirchlichung sollte man am Anfang bestenfalls so verstehen, dass die Kirche bzw. die Landeskirchen eine Bühne oder einen Rahmen zur Verfügung stellten, und es den Grün-

derinnen und Gründern der Industrie- und Sozialarbeit, die in diese Funktionen einrückten, überließ, daraus etwas zu machen.

Soziale Beratungsgremien, so scheint es, galten bei den Landeskirchen als anerkannte Notwendigkeiten. Diese Beratungs- und Expertengremien sind eine wesentliche Keim- und Entwicklungszelle für die Industrie- und Sozialarbeit. Sie gehörten zu jenem kirchlichen Repertoire an Ämtern und Institutionen, das man einfach haben musste, schon in und seit Weimarer Zeiten. In welchen Formen sich das dann neu institutionalisierte und wiederbelebte, hing nicht unbeträchtlich vom Zufall und den gewandelten kirchenorganisatorischen Bedingungen ab. Die erste Ansätze beginnen durchaus schon früh (Rheinland, Westfalen und Hannover: 1946), aber mit der Umsetzung hapert es. Durchschnittlich dauert es bis 1949/50, bevor man in die Gänge kommt. Das gilt für die Beratungsgremien wie auch für nahezu alle anderen Institutionen der Industrie- und Sozialarbeit. Die abgerissene Tradition des Sozialen Protestantismus, der organisatorische Um- und Neubau der Evangelischen Kirche, die langen Anmarschwege der Neueinsteiger, das Zögern beim Aufbau von neuen Strukturen (Männerarbeit/Arbeiterwerk), das Durcheinander der Nachkriegszeit: hier wirken sie sich hemmend aus, machen aus der Industrie- und Sozialarbeit eine - relative - Spätgeburt.

Die Entscheidungen über die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands fallen in dieser Zeit andernorts oder werden als Weichenstellungen präfiguriert: durch alliierte Besatzungsbehörden, den Frankfurter Wirtschaftsrat etc. Wo und wenn man etwas zustandebringt, reagiert man auf die Geschehnisse, wie etwa in der Frage der Währungsreform, zu der man sich mehrfach (Karrenberg und die EKD) äußert, oder bleibt - von Ausnahmen abgesehen - im allgemeinen, jedenfalls ohne erkennbare gesellschaftspolitische Konsequenzen und Folgen zu benennen oder zu erreichen. Ganz fehlen die Visionen und Zukunftsentwürfe nicht, sie kommen zum Teil - wie das Konzept der Verantwortlichen Gesellschaft - von außen, aus der Ökumene. Zum Eintritt in die Industrie- und Sozialarbeit bewogen und motiviert hat das freilich wohl kaum jemand. Vielmehr bildete das eine Art sozial-ethische "Auffanglinie", etwas worauf man zurückgriff, wenn man Dinge erklären musste, Stellung zu neuen Fragen und Sachverhalten beziehen musste. Vielleicht können spätere Forschungen einmal zeigen, ob und wie Mangelwirtschaft und Zwangsverwaltung, Schwarzmarkt, Wucherei und "Fringesen" in den wirtschaftlichen und sozialen Vorstellungen der sich entwickelnden Industrie- und Sozialarbeit ihren Niederschlag gefunden haben.

Die Verkirchlichung - wenn man diesen Begriff zulassen will - erfolgt anfangs und auch später noch

"auf Umwegen". Sie knüpft zunächst bei den kirchlichen Werken oder Gemeinden oder Kirchenkreisen als Anstellungsträgern an. Nach 1955 wird der Trend zur Verkirchlichung in der Tat stärker. Er lässt sich dann etwa in der Einrichtung von neuen Sozialpfarrämtern und Sozialsekretärsstellen fassen.

### **Mission gleich Kirchenreform**

Weit stärker als mit dem Begriff der Verkirchlichung wird man die Industrie- und Sozialarbeit jedoch mit dem Ideal der Kirchenreform in Verbindung bringen müssen. Die Lösung von Kirche und Christen aus traditionellen Vorstellungen weltgeschiedener Innerlichkeit und stattdessen ihre Hinwendung zum aktiven Engagement in Arbeitswelt und Gesellschaft, die Stärkung der Rolle der Laien in der Kirche, Kritik an der Dominanz des Bürgertums in Kirche und Gemeinden, eine Neuorientierung der theologischen Ausbildung, die arbeitsweltliche Probleme mit einbezieht, Reformprojekte zur Öffnung der bestehenden Ortsgemeinden, das alles sind einige Anliegen, die sich die Gründerinnen und Gründer der Industrie- und Sozialarbeit auf die Fahnen geschrieben haben. Mission in der Arbeitswelt und Kirchenreform sind für die Industrie- und Sozialarbeit synonyme Begriffe. Manche der Gründerinnen und Gründer haben denn auch rückblickend in der amtskirchlich angebundenen Etablierung nach 1955 den Anfang einer eigentlich restaurativen Wende gesehen, den Verlust des reformerischen Anfangsschwungs und das Einlenken in traditionelle Bahnen. Das Urteil darüber hängt vom Standpunkt und den individuellen Erfahrungen des Betrachters ab. Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass sich Reformwirkungen der Industrie- und Sozialarbeit in der Evangelischen Kirche wesentlich leichter zeigen und nachweisen lassen, als Wirkungen in der Gesellschaft. Und größere Resonanzen in der Gesellschaft konnte die Industrie- und Sozialarbeit regelmäßig nur dann erzielen, wenn es ihr gelang, die Gesamtkirche für sich und ihre Intentionen zu interessieren, wenn sie die Amtskirche gewissermaßen als Lautsprecher und Verstärker benutzte.

Es war auch keineswegs so, dass die innerkirchlichen Reformwartungen und Reformanliegen, die aus der Industrie- und Sozialarbeit oder ihrem Umfeld kamen, immer in die gleiche Richtung liefen. Im Gegenteil. Der eine wollte die Industrie- und Sozialarbeit am liebsten an die traditionelle Ortsgemeinde anbinden und die Ortsgemeinde - dadurch und gleichzeitig damit einhergehend - reformieren. Der andere sprach sich für den Aufbau von Paragemeinden als Idealfall aus. Gemein war dabei die Vorstellung, dass sich in der Kirche etwas ändern müsse und diese Erkenntnis unterschied die Träger der unterschiedlichsten Pläne von jenen

kirchlichen Traditionalisten, denen die Industrie- und Sozialarbeit nur als "missionarischer Angelhaken" galt, als neue, den moderne Zeiten besser angepasste Taktik um im Grunde herkömmliche Missionsarbeit zu betreiben. Jene sahen in der Industrie- und Sozialarbeit denn auch nur einen "Treiber", der das "Wild", die der Kirche fernstehenden Arbeiter, "aufscheucht" und ihnen "vor die Flinte zu treiben" habe, damit sie es auf "der Pirsch" liegend, gewissermaßen "abschießen" könnten. Das jedenfalls war das aufschlussreiche Beispiel, das ein Vertreter dieser Richtung benutzte, um sein Verständnis von Industrie- und Sozialarbeit zu beschreiben.

Das Bild, das man von der Industrie- und Sozialarbeit in der Kirche zu zeichnen hat - solche Verallgemeinerungen verbieten sich eigentlich -, ist also bunt und reich an Facetten. Die Fokussierung auf zwei idealtypisch entgegengesetzte "Modelle" und Intentionen (Horst Symanowski wollte die Kirche zur Welt bekehren und Eberhard Müller die Welt zur Kirche) übersieht die durchaus widersprüchliche Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit des Phänomens<sup>4</sup>.

Überhaupt geht fehl, wer die Industrie- und Sozialarbeit als mehr oder minder konsequente Umsetzung einer Reihe fertiger, unterschiedlicher Konzepte und Modelle ihrer Gründerinnen und Gründer deutet. Alles an und in der Industrie- und Sozialarbeit ist zunächst Suche, Improvisation und Experiment. Das gilt schon für die Vorstellungen der Gründer. Mehr als das vage Gefühl oder der Wunsch, "etwas im Bereich von Kirche und Arbeiterschaft machen zu wollen" ist oft nicht vorhanden. Erst im Laufe der Zeit, vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen kristallisieren sich dann Ansichten über einzuschlagende Wege und Deutungen der vorgefundenen Realitäten in Kirche und Welt heraus. Die Industrie- und Sozialarbeit ist ihrem Wesen nach ein Lernprozess, eine flexible Anpassung an die Realität, was keinesfalls heißen soll, dass sie opportunistisch vorgeht. Die Gesellschaft wandelt sich permanent. Neue Fragestellungen tauchen auf, wie z.B. die Sozialreform oder die Fragen der Sonntagsarbeit, der Ausländischen Arbeitnehmer, beherrschen eine Zeitlang die Szene, entwickeln sich zum "Dauerbrenner" oder verschwinden mitunter auch wieder in der Versenkung. Auch dem muss sich die Industrie- und Sozialarbeit anpassen, Antworten auf Fragen finden, die zuvor nicht oder so nicht gestellt wurden. *Die Welt ist anders geworden*, so ein populärer Buchtitel von Eberhard Müller. Man müsste hinzufügen, dass sie sich jeden Tag weiterhin verändert - und mit ihr die Industrie- und Sozialarbeit. Gewiss bleiben fixe Punkte im politischen und religiösen Koordinatensystem aber jeder Eindruck von Statik, so wie ihn einige der vorliegenden Forschungsarbeiten vermitteln oder suggerieren, geht an der Wirklichkeit vorbei.

## C Die Industrie- und Sozialarbeit und ihre Bezüge zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

### Politische Leitlinien und Probleme

Auf den ersten Blick erscheint die Industrie- und Sozialarbeit in den fünfziger Jahren als eine ziemlich unpolitische Angelegenheit. Wie hat man in der Evangelischen Kirche um Wiederbewaffnung und Westintegration gestritten! Nein, etwas auch nur annähernd Vergleichbares hat der Bereich der Industrie- und Sozialarbeit nicht zu bieten. Hier herrscht Windstille. Die Synode von Espelkamp besitzt hierfür geradezu Symbolcharakter. Dort streitet man um Gustav Heinemann und das eigentliche Sujet "Die Kirche und die Welt der Arbeit" schwimmt - nicht ganz, aber doch ziemlich - unter "ferner liefen" nebenher mit. In der Zeit des Aufschwungs, des anhaltenden Wirtschaftswachstums bot das Thema ohnehin wenig Konfliktstoff und das spezifische, windschnittig angelegte Strickmuster der Synodenerklärung nebst ihren Anlagen zudem kaum Angriffsflächen. Doch der Eindruck von der unpolitischen Industrie- und Sozialarbeit trägt. Man war politisch und wurde es immer mehr. Wie sehen die fixen Punkte im politischen Koordinatensystem der frühen Industrie- und Sozialarbeit aus?

### Die Gefahren der Säkularisierung und des Totalitarismus

Da ist zunächst die Sorge vor dem Totalitarismus Ihre starke Betonung ist eine Abwehrreaktion auf die Erfahrungen der NS-Zeit, des Eisernen Vorhangs und des wirtschaftlichen Fortschritts. Die totalitäre Gefahr lauert überall und der Mensch ist für sie besonders anfällig. Durch die Säkularisierung, durch die Industrialisierung, durch die Lösung von Gott und der inneren Stimme des Gewissens verliert er seinen inneren Halt. Er ist vereinzelt, isoliert und geht so den totalitären Rattenfängern ins Netz. Jede Massenorganisation birgt totalitäre Tendenzen in sich: die politische Partei, die Gewerkschaft (hier wird die totalitäre Abwehrreaktion besonders wichtig werden), der moderne Massenstaat, fassbar etwa an der Gefahr des Wohlfahrtsstaates. Die Sorge vor dem Totalitarismus ist in der Anfangszeit besonders groß. Noch sind die Erfahrungen der vergangenen Diktatur frisch. Jenseits der Elbe herrscht der Stalinismus.

Man erwartet zudem, dass die Industrialisierung ungebremst fortschreitet. Kalte Rationalität und Effektivität schreiten voran. Der Mensch wird zur Nummer, zum Rädchen im Getriebe. Er verliert seine Individualität und seine Humanität. Diese Gefahr droht in der Welt der Politik, wie auch in der

Welt des Betriebes. Das Gefühl der Bedrohtheit durch den säkularen und totalitären Wandel spricht mittelbar und unmittelbar aus vielen Quellen und Belegen der Industrie- und Sozialarbeit, am klarsten und deutlichsten bei Eberhard Müller, am wenigsten bei Horst Symanowski.

Die Einstellung zur Säkularisierung ist eine wichtige Scheidelinie. Je konservativer der eigene politische und vielleicht auch theologische Standpunkt, desto größer ist die Sorge vor der Säkularisierung, desto bedrohlicher wird sie empfunden - und umgekehrt. Gerade weil das Christentum und christliche Werte, Freiheit und Demokratie in der säkularen Welt bedroht sind, muss der evangelische Christ in die Welt hineingehen, um diesen Prozess aufzuhalten, zu steuern oder zu mildern. Eberhard Müller hat 1950 in diesem Sinn formuliert, dass die damals verbreitete "Ohne mich Haltung" ein sündhaftes Prinzip sei, weil sie sich der Aufgabe des christlichen Dienstes am Nächsten widersetze.

Horst Symanowski hat im Hinblick auf die Einstellung zur Säkularisierung eine Ausnahmestellung inne. Die Klage über die Säkularisierung und Technisierung hört man aus seinem Munde nicht - aber die Folgewirkungen dieses Prozesses in Industrie- und Arbeitswelt spürt und erlebt er aus der Perspektive von unten unmittelbar jeden Tag aufs neue mit: Leistungsdruck, Disziplinierung, Unfreiheit. Daraus bezieht er seine Anstöße für das Engagement in der Industrie- und Sozialarbeit. Die Frage der Säkularisierung auf der allgemeinen, abstrakten Ebene, die mit ihren Verzweigungen (der Gefahr des Totalitären) auch das Politische berührt, scheint den jungen Horst Symanowski in den fünfziger Jahren überhaupt nicht zu beschäftigen. Das mag mit seinen Beobachtungen über die positiven Elemente in der säkularen Arbeitswelt zusammenhängen, entspricht aber vielleicht auch dem besonderen Blickwinkel, der eigentlichen Interessenlage und dem Herzensanliegen Symanowskis. Seine Blickrichtung ist die "Perspektive von unten", auf die Menschen an der Basis gerichtet und sich ihre Sehweise zu eigen machend, sowohl im kirchlichen wie im gesellschaftlichen Bereich. In dieser Hinsicht ist sein Beispiel Vorbild für seine Schüler in Mainz-Kastel, aber auch für eine ganze Generation der Industrie- und Sozialarbeit geworden. Wie genau sich aber die Vorstellungen Symanowskis in der Frühzeit der fünfziger Jahre entwickelten, wie seine politische Weltansicht und Weltanschauung aussah, ist eine Frage, die letztlich noch der genaueren Aufklärung harret.

Gegen Ende der fünfziger Jahre wird allgemein ein Wandel sichtbar: Die Säkularisierung hat ihren bedrohlichen Charakter verloren. Heinz Dietrich Wendland entwickelt das Konzept der gesellschaftlichen Diakonie, das die dienende Funktion der Kirche in der Welt hervorhebt.

Aber Freiheit ist und bleibt eine zentrale Denkkategorie bis in die Eigentumsdenkschrift von 1962 hinein. Gerade bei der "Freiheit" spannt sich der Bogen schon von den Anfängen an. Das Konzept der "Verantwortlichen Gesellschaft" (Amsterdam 1948) sollte ursprünglich "freie Gesellschaft" heißen, wovon man jedoch abkam, weil man durch die Verantwortung eine inhaltliche Füllung und Begrenzung der Freiheit vornehmen wollte.<sup>5</sup>

### Die Bejahung der Demokratie

Die Bejahung der Demokratie, der Aufruf zum Engagement in Staat und Gesellschaft ist die positive Kehrseite der Sorge vor dem Totalitarismus. Die Hinwendung zur Demokratie darf als ein wesentlicher Unterschied zwischen dem sozialen Protestantismus vor und dem nach 1933/1945 gelten. Politische Bildungsarbeit bildet denn auch von Anfang an einen wesentlichen Bestandteil der Industrie- und Sozialarbeit. In der Sozialschule Friedewald lässt sich das beispielhaft erkennen. Regelmäßig fuhr man mit den Kursteilnehmern nach Bonn, besuchte die politischen Institutionen von Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung. Inneres und äußeres Gesetzgebungsverfahren, Diätenregelungen und Hammelsprung wurden erläutert.

Eine Anekdote vermag die Aufbruchstimmung am besten zu verdeutlichen. Im Jahr 1951 veranstaltete die Sozialschule einen Kurs für Arbeiter und Studenten zum Thema: "*Die Beteiligung der Kriegsgeneration am Aufbau der Demokratie*". Zu den geladenen Referenten gehörte neben Klaus von Bismarck (zur Frage: "Christ und Politik") auch der Historiker Hans-Joachim Schoeps. Schoeps - der bedeutendste Preußenkenner seiner Zeit - sollte sich über "*Das andere Preußen*" äußern, also offensichtlich die bekannte Janusgesichtigkeit Preußens als Mischung von Sparta und Athen an der Spree behandeln. Ohne es zu wissen oder zu ahnen, war man mit Schoeps nun aber ausgerechnet an den einzigen Historiker von Rang und Namen geraten, der nach 1945 für die Wiedereinführung der konstitutionellen Monarchie als zukünftiger Staatsform plädierte - nicht unbedingt der geeignete Sachverständige und Anwalt für eine Tagung beim *Aufbau der Demokratie!* Das ging denn auch den Kursteilnehmern auf: *Umso erstaunter waren daher am Schluss die Arbeiter und Studenten, als sie hörten, dass eine konstitutionelle Monarchie durchaus geeignet ist, die Demokratie lebensfähig zu halten und im Bestande zu sichern. Hier wich die Meinung des Dozenten von der der Zuhörer weit ab. Es wurde wohl allgemein festgestellt, dass ein 'weiser' Landesvater eine positive und ordnende Kraft sein kann. Leider könne man aber nicht das Rad der Geschichte zurückdrehen* (zeitgenössischer Bericht

in den "Mitteilungen" der Sozialschule, Nr. 7, Oktober 1951)

"Integration" ist das große verbindende beherrschende Stichwort der Industrie- und Sozialarbeit, vor allem von Eberhard Müller. Sie bündigt die so lebensnotwendige Freiheit, verhindert, dass sie zum gesellschaftlichen Zerfall führt, macht Freiheit überhaupt erst leb- und verwirklichtbar. Eberhard Müller hat 1960 - nicht so sprachlich zugespitzt, aber doch wohl sinngemäß richtig - formuliert, dass Freiheit gewissermaßen die Einsicht in die gegenseitige Abhängigkeit sei. Im Betrieb und in der Wirtschaft heißt "Integration": Partnerschaft, in der Gesellschaft: "Demokratie" und in der Gewerkschaft: "Pluralismus", verwirklicht vor allem in der "parteipolitischen und weltanschaulichen Neutralität".

### **Trennung von Politik und Konfession**

Schließlich gehört die Forderung der "Überparteilichkeit" zu den weiteren Elementen im politischen Denken der frühen Industrie- und Sozialarbeit. Die Evangelische Kirche und die evangelische Industrie- und Sozialarbeit - ihre Werke und Verbände, wie z.B. die AkfA - dürfen, sofern sie als kirchliche Institutionen und im Namen des Christentums sprechen, keine parteipolitisch einseitigen Aussagen treffen. Praktiziertes Christentum lässt sich nicht mit einer bestimmten Partei allein identifizieren, auch wenn sie den Namen christlich im Programm führt. Das heißt insbesondere: es besteht keine automatische Affinität zur CDU. Der evangelische Christ kann jeweils verschiedene parteipolitische Auffassungen und Standorte haben, ohne dass dadurch sein Christsein in Frage gestellt wird. Dass eröffnet einem evangelischen Christen zum Beispiel auch die Möglichkeit, sich im demokratischen Sozialismus zu engagieren.

In der Geschichte der Industrie- und Sozialarbeit wird der Grundsatz der Überparteilichkeit, oder besser formuliert der parteipolitischen Unabhängigkeit und der Trennung von Politik und Konfession in der beständigen Auseinandersetzung mit den Gruppen des sozialen Katholizismus und der EAB wichtig. Beide pflegen das "christlich-soziale" Erbe, jene Vorstellung, wonach das Christentum eine Gegenposition zum doktrinären, atheistischen, undemokratischen Sozialismus darstellt. Das, so die Bewertung der Industrie- und Sozialarbeit, läuft de facto auf die Vermischung von Politik und Konfession und die politische Anbindung an die CDU hinaus. Am Ende der fünfziger Jahre, als der Christlich-Soziale Arbeitnehmerkongress ins Leben gerufen wird, ist dieser Dissens voll entbrannt und offenkundig. Heftig ist die Abwehrreaktion der Industrie- und Sozialarbeit; kopfschüttelnd stehen ihre Sprecher vor dieser ihr unreflektiert, so unzeit-

gemäß rückwärts gewandt erscheinenden Wiederbelebung der Vergangenheit.

Kein Zweifel, die Position der Trennung von Konfession und Politik ist modern. Sie öffnet sich dem Pluralismus, fügt sich in den demokratischen Staat ein, bildet eine jener Voraussetzungen, wodurch die Lücke zwischen Kirche und Gewerkschaften geschlossen werden kann. Aber ein ganz klein wenig ist das auch eine Selbsttäuschung. Denn die Vorstellung, man könne in einer Gesellschaft wie der Bundesrepublik, in der zunehmend jede Frage parteipolitisch betrachtet wird, in der die politischen Parteien eine beherrschende Stellung einnehmen, das Christentum gewissermaßen außen vor lassen, verhindern, dass es instrumentalisiert wird, erreichen, dass Politik und Konfession auseinander zuhalten sind, dass man sich einer parteipolitischen Zuordnung entziehen kann, lässt sich wohl nicht voll verwirklichen. Doch das, die alldurchdringende Politisierung der Gesellschaft liegt noch außerhalb des Zeit- und Erfahrungshorizonts der Handelnden.

### **Politische Standortbestimmungen**

In der politischen Praxis, bezogen auf das politische Kräftespiel der fünfziger Jahre fiel die kirchliche Stimme, da, wo sie sich äußerte, in der Mitbestimmung, in der Reform der Sozialversicherung im Zweifelsfall eher zugunsten der gemäßigt konservativen Seite aus. Hier war es die Sorge vor dem totalitären Staat, die dazu führte, dass man im Zweifelsfall zugunsten der meist von den Konservativen hochgehaltenen Freiheit des einzelnen und gegen die "von links" geforderte "gleichmachende" Reglementierung plädierte. Nie war man dabei reaktionär, immer für eine gemäßigte, langsam voranschreitende Reform. Nach 1955 rückt die Industrie- und Sozialarbeit insgesamt leicht nach links. Der Durchbruch des gewerkschaftlichen Reformismus, das sich ankündigende Bad Godesberg der SPD, die Unzufriedenheit mit der katholischen Dominanz in der CDU, die konservative Zurückhaltung der Adenauer-Regierung in der Sozial-, Familien- und Eigentumspolitik bewirken dies.

### **Politischer Raum für einen eigenen festen evangelischen Verband?**

Man muss in diesem Zusammenhang auch noch auf die Frage nach dem politischen Einfluss oder der Einflusslosigkeit der Industrie- und Sozialarbeit zurückkommen. Der Industrie- und Sozialarbeit fehlten die Bataillone, die AkfA war ein Generalstab ohne Truppen. Hätte es eine "evangelische KAB", einen festen Verband, gegeben, so wäre der Einfluss größer, eigentlich erst möglich geworden. Das mag man mit Fug und Recht so sehen. Schon die

Zeitgenossen haben ein wenig neidvoll auf die katholische Seite geschaut - und sich mit (innerem) Schaudern wieder abgewandt, weil sie die schlimmsten Befürchtungen über den konservativen, vereinsmäßigen Charakter eines solchen Zusammenschlusses zu bestätigen schien, der dem eigenen Ideal (s.o.) widersprach.

Man muss fragen, wo ein eigener evangelischer Verband seinen Platz hätte haben können oder haben sollen. Schon vor 1933 waren die Protestanten in der christlichen Gewerkschaftsbewegung numerisch in der Minderheit (Verhältnis Katholiken/Protestanten etwa 2:1). Unterstellt man von daher (auch in Anbetracht der besonderen Umbau- und Aufbausituation in der Evangelischen Kirche), dass ein evangelischer Verband auch nach 1945/51 zahlenmäßig zunächst relativ klein geblieben wäre, hätte er - um politisch in der entstehenden pluralistischen Demokratie mit ihrem sich entwickelnden Primat der Parteien - wirksam sein zu können, eine große innere Geschlossenheit aufweisen müssen, um sein - relatives - Gewicht in die Waagschale werfen zu können. Jede dauerhaftere Spaltung in "rechts" oder "links" hätte seine Kraft geschwächt. In der politischen Taktik hätte eine solche Gruppe entweder einer politischen Partei zuneigen müssen (wie die Sozialausschüsse der CDU) oder versuchen können, zwischen den politischen Lagern einen eigenen Kurs zu steuern, was allerdings doch wohl eher die Gefahr innerer Spaltung und den Vorwurf der Schaukelpolitik hervorgerufen hätte. Aber dies alles mag man, da es sich um ein hypothetisches Gedankenspiel handelt, auch anders sehen.

### **Das Dilemma evangelischer Organisationsbildung zwischen Integration und Segmentierung**

Vor allem aber wäre ein fester Organisationsverband nach der damaligen Auffassung der Industrie- und Sozialarbeit ein Widerspruch in sich selbst gewesen. Eberhard Müller hat dieses Dilemma in seinem Vortrag auf der Synode in Espelkamp angesprochen und verdeutlicht. Lange und ausführlich spricht er dabei über die Gefahren und Folgeerscheinungen der Säkularisierung: Desintegration, Segmentierung, Individualisierung, der Zerfall der Gesellschaft in divergierende Interessengruppen, die Bildung von Kollektiven, die so gefährlich sind. Dem Zerfall muss man wehren: Dialog, Gemeinschaft, Aufklärung, verbindende Strukturen. Hätte es nun einen festen evangelischen Verband gegeben, dann wäre von den Evangelischen ja selbst eine neue Interessengruppe geschaffen worden, ein neues Kollektiv ins Leben gerufen worden. Man würde selbst mitmachen bei der Auflösung der Gesellschaft - und gerade diesen Prozess will man doch verhindern! Eberhard Müller formuliert diese

- hier sehr viel klarer als von ihm selbst gefassten Gedanken in vollem Bewusstsein der Tatsache, dass in dieser säkularisierten Welt eine politische Wirkung - auch der Industrie- und Sozialarbeit - nur mit Hilfe von Gruppen, nur unter Verweis auf die berühmten eigenen Bataillone möglich ist. Gruppen also muss es geben - nur durch sie kann man wirken: Wie soll man sonst in den Gewerkschaften politischen Einfluss gewinnen und geltend machen, den Gedanken der Partnerschaft durchsetzen, für Minderheitenschutz sorgen? (Als Verhandlungsführer der AkfA weiß Müller, wovon er spricht.) Ja, letztendlich wird das Christentum wohl nur dann überleben, wenn sich Christen in Gruppen zusammenfinden, weil ein einzelner Christ wirkungslos bleibt. Und doch: solche Gruppen darf es nicht geben, denn durch sie schraubt man die Spirale der Säkularisierung, der Segmentierung immer nur selbst noch eine entscheidende Drehung weiter.

Die Lösung dieses Dilemmas besteht darin, zwar Gruppen und Strukturen zu bilden, sie aber möglichst offen und locker zu gestalten, sie als sekundäre Linie hinter der Mitgliedschaft des evangelischen Christen in einem weltlichen Verband oder in einer weltlichen Organisation aufzubauen und zurückstehen zu lassen, ihnen die Funktion einer Aufanglinie, eines Ruhe- und Sammlungsraumes zuzuweisen, so dass die weltlichen Strukturen von dort aus, gewissermaßen mit der Rückendeckung aus der zweiten oder dritten Reihe heraus mit christlichem Geist durchdrungen werden können. Das verheißt der Königsweg zu werden und die dabei gefundenen oder angewandten Mittel, Methoden und Formen heißen u.a. Betriebskern, Paragemeinde und Dienstgruppenkonzept.

Kein Zweifel, Eberhard Müller ist ein Konservativer - sein Menschenbild und seine Skepsis gegenüber der Säkularisierung machen das deutlich. Liest man aber, wie er in Espelkamp für die Paragemeinde plädiert, Parochialismus und Laienkonservatismus kritisiert, dann wirkt er wie ein Reformier, ja fast ein Revolutionär. So nahe scheint das gelegentlich beisammen zu liegen.

### **"Die Einsicht in die tatsächliche gegenseitige Abhängigkeit führt zur Freiheit" (Eberhard Müller)**

Für Eberhard Müller und die übrige personelle Führung der Aktionsgemeinschaft sind Segmentierung und Integration nichts Abstraktes, nichts Entferntes. Die Probleme - und die Lösungen - liegen vor der Haustür. In der Organisationsgeschichte der AkfA. Am liebsten hätte Müller eine "Aktionsgemeinschaft für Industriefragen", in der Arbeitnehmer, Arbeitgeber, kirchliche Vertreter und Jugend unter einem Dach sitzen. Unter diesem Dach sollen sie sich austauschen, aufeinander hören, Konsens fin-

den. Alle zusammen bilden sie und sprechen sie als "die Kirche". Arbeitnehmer und Arbeitgeber dürfen sich natürlich je für sich als Gruppe artikulieren, aber dann sind sie nicht die Kirche, sondern nur eine Teilgruppe. Die Kirche muss gesellschaftlich integrieren, sie muss überparteilich sein. Das liegt im Interesse der Kirche und der Gesellschaft - weil ansonsten beide zerfasern. Dass nun 1960 eine Evangelische Arbeitnehmerschaft gebildet und den kirchlichen Werken gegenüber und an die Seite gestellt werden soll, ist eine nicht unproblematische Sache. Die Aufwertung der Laien und Arbeitnehmer erscheint unumgänglich, sie ist notwendig und gerechtfertigt. Kein Zweifel. Aber eigentlich fehlt ihnen der Gegenpart, das ausgleichende Gegengewicht der Unternehmer. Was, wenn durch diesen Ausbau nach zunächst nur einer Seite hin die Aktionsgemeinschaft zum Sprachrohr nur einer Interessengruppe (der Arbeitnehmer) wird? Das mindeste, was passiert, ist, dass die Aktionsgemeinschaft ihren Charakter als kirchliche Institution verliert. Dagegen hilft zunächst nur der Appell an alle Beteiligte, immer das Ganze zu sehen.

Eberhard Müller hat in diesem Sinn in Bad Boll den Begriff der Freiheit 1960 denn auch so definiert: *Nicht der Wechsel der Macht, der Dependenz, der Abhängigkeit des einen zum anderen führt zur Freiheit. Die Einsicht in die Interdependenzen, die Einsicht in die tatsächliche gegenseitige Abhängigkeit für zur Freiheit.*<sup>6</sup> Freiheit ist die Einsicht in die gegenseitige Abhängigkeit.

### **Das Problem fehlender Eliten als Ursache evangelischer Unterrepräsentanz**

Es wäre wahrscheinlich sogar möglich gewesen, auch ohne "Massenbasis" Einfluss zu gewinnen, evangelische Männer und Frauen in wichtige Positionen zu "bugsieren". Es hätte ja durchaus ausgereicht, wenn an einer oder mehreren entscheidenden Stellen oder zumindest in wichtigeren Positionen ein evangelischer Mann saß, der für die evangelischen Belange eintrat. Für eine Gewerkschaftsspitze zum Beispiel hätte ein evangelischer Mann durchaus der Kandidat ihrer Wahl und Unterstützung sein können, in der stillen Hoffnung, dass er ein wenig duldsamer und umgänglicher sein möge als ein katholischer, "christlich-sozialer" Kollege. Und unter Hinweis auf die einzuhaltende konfessionelle Parität (*Die Protestanten müssen auch mal etwas bekommen*) hätte sich so ein Mann vielleicht auch durchsetzen lassen. Aber solche Männer und Frauen, die derartige Führungspositionen ausfüllen konnten, schien es nicht zu geben. Zumindest wussten der Vorstand und die Geschäftsführung der AkfA nichts von ihrer Existenz. Und wenn man dann als Ansprechpartner der Gewerkschaften einmal einen Wink bekam: *Hier und dort sei etwas zu besetzen, ob man denn nicht auch jemanden wisse?*, da

musste der Vorstand mangels einer Personalliste wohl oder übel passen oder im trüben fischen. Das jedenfalls war die Bilanz, die man 1960 in der Führungsetage der AkfA auf einer Tagung mit den Landesaktionsgemeinschaften selbst zog. Problem erkannt, Problem gebannt? Ganz so schnell geht das nicht! Zunächst ist das ein Koordinationsproblem zwischen den Landesaktionsgemeinschaften und der Bundesebene: die Landesaktionsgemeinschaften müssen sich in Stadt und Land nach förderungswürdigen Kandidaten umschaun, die evangelische Bildungsarbeit muss verstärkt werden! Deshalb die Tagung mit den Landesaktionsgemeinschaften im Januar 1960. Für solcherlei Personalpolitik zeigen die Landesaktionsgemeinschaften bislang nämlich wenig Interesse und das muss anders werden. Die Unterrepräsentanz der evangelischen Seite unter den hauptamtlichen Gewerkschaftern und ihre Einflusslosigkeit sind nicht nur ein Problem fehlender Massenbasis, sondern auch, vielleicht sogar: vor allem, ein Problem fehlender Eliten!

Diese Misere ist weniger das Versagen der damaligen Akteure. Eigentlich kommt darin nochmals die besondere Situation des Sozialen Protestantismus nach 1945, sein Neuanfang, zum Vorschein. Die frühere "Massenbasis" in Form christlicher Gewerkschaften und ihre Führungsschicht (in Gestalt der Arbeitersekretäre) waren nach 1933 untergegangen und entstanden nach 1945 eben nicht wieder neu. Ein Arbeiterwerk auf Bundesebene gab es 1960 erst seit neun Jahren. Und es spiegelt sich darin auch nochmals jene Entscheidung zugunsten offener, fluktuierender Strukturen der Industrie- und Sozialarbeit wider.

## **D Die evangelische Industrie- und Sozialarbeit im Zeichen des Betriebes**

### **Zugänge und Konzepte**

Die evangelische Industrie- und Sozialarbeit steht nach 1945 im Zeichen des Betriebes. Er ist der archimedische Punkt, an dem sich das Denken und Handeln der frühen Industrie- und Sozialarbeit aufhängen. Wenn Karl Marx das Wesen des Kapitalismus als den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit postuliert hatte, definierte die evangelische Industrie- und Sozialarbeit den Konflikt zwischen "oben" und "unten" im Betrieb als den entscheidenden sozialen Konflikt ihrer Gegenwart, den es um der zu bewahrenden Menschlichkeit des Arbeiters willen zu entschärfen galt. Diese Weichenstellung ist weit mehr Produkt des Zufalls und der individuellen Anmarschwege der Gründerinnen und Gründer als Folge zielgerichteter Planung. Horst Symonowski hat diese Aufgabe induktiv durch seine Betriebsarbeit in der Industrie gefunden, Klaus von

Bismarck ist die Rolle eines Vermittlers im Bergbau gewissermaßen von den Tarifpartnern in die Wiege gelegt worden, Christa Springe suchte sich einen Dienst unter den Textilarbeiterinnen im Münsterland. Friedewald steuerte das Konzept der Betriebskerne bei, das Eberhard Müller, der seinerseits spätestens ab 1951 Betriebsstagnationen durchführte, aufgriff und weiterentwickelte. Selbst Friedrich Karrenberg, der als Nationalökonom in volkswirtschaftlichen Dimensionen zu denken gewohnt war, setzte mit seiner Beteiligung an der Gemeinsamen Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau den Hebel schließlich im Betrieb an. Auf welcher breiter Front man sich für den Betrieb interessierte, wie all die unterschiedlichen Strömungen, Charaktere und Persönlichkeiten der frühen Industrie- und Sozialarbeit in diesem Ansatzpunkt miteinander konform gingen, alle Bemühungen trotz vieler später auch in der Betriebsarbeit sichtbar werdenden Differenzen zusammenliefen, zählt zu den geheimnisvollen Wundern, die die Geschichte der frühen Industrie- und Sozialarbeit gelegentlich auszeichnet.

### **Partnerschaft und Menschenführung im Betrieb**

Im Betrieb, so lautet die gemeinsame Quintessenz und Beobachtung, ist der Mensch bedroht. Er wird vom selbständig handelnden Subjekt zum fremdbestimmten Faktor degradiert, sei es durch wirtschaftliche Zwänge oder die Fortentwicklung der Technik, sei es durch die Gedankenlosigkeit und Inhumanität von Vorgesetzten. Die Industrie- und Sozialarbeit und ihre Gründer versuchen gegenzusteuern: durch Ausspracheforen, die dem Abbau von Spannungen dienen sollen, durch Bildungs- und Aufklärungsarbeit über Menschen- und Betriebsführung, durch die Gründung von Betriebskernen, die Keimzellen menschlicher Gemeinschaft bilden sollen, durch den Einsatz für den Gedanken der Mitbestimmung und der Partnerschaft. Langfristig werden sich die Wege der Industrie- und Sozialarbeit stärker trennen, Unterschiede sichtbar werden - und das hängt ganz wesentlich damit zusammen, wie die Erfahrungen aus der Betriebswelt verarbeitet und interpretiert werden. Vor allem für die Schüler von Mainz-Kastel gerät das Wirtschaftssystem "Marktwirtschaft" zunehmend kritischer in den Blick - stufenweise lässt sich dieser Prozess schon an den ersten drei nach 1956 einsetzenden Kursen aufzeigen. So weit wird man in Bad Boll nicht gehen. Dort weist Eberhard Müller gelegentlich darauf hin, dass partnerschaftliches Zusammenarbeiten im Betrieb dem Produktionsergebnis nützt. Natürlich war es nicht so, dass man in Bad Boll Betriebsarbeit in Form der sog. Querschnittstagnationen nur betrieb, um den Sand aus dem Getriebe des Betriebes zu entfernen. Andererseits scheint das durchaus vielfach eine Erwartung von Unternehmern gewe-

sen zu sein, ein gern gesehener Neben- oder sogar Haupteffekt, der die Türen in die Fabriken für die Industrie- und Sozialarbeit öffnete. Patriarchalisches Verantwortungsgefühl, Aufgeschlossenheit für, die Suche nach und das Experimentieren mit neuen Betriebsorganisations- und -führungsmodellen, so wie sie in der Nachkriegszeit aus dem überall als Vorbild angepriesenen Amerika bekannt und als nachahmenswert empfohlen wurden, sind vermutlich weitere Motive gewesen. Man war sich in der Industrie- und Sozialarbeit auch bewusst, dass man hier Gefahr lief, in eine Grauzone zu geraten, in der das eigentliche - humanitär begründete - Anliegen sinnentstellend ausgenutzt und zweckentfremdet werden konnte. Hier war eine schwierige Gratwanderung notwendig, die man nicht vorab akademisch am grünen Tisch klären und festlegen konnte, sondern die immer im konkreten Einzelfall unternommen und ausbalanciert werden musste.

Jedes Eintreten für Partnerschaft und Miteinander im Betrieb ist im übrigen nur dann gerecht beurteilt, wenn man weiß, dass damals noch ganz andere Betriebsführungskonzepte en vogue waren, etwa das sog. Harzburger Modell, gefördert von einer in Harzburg ansässigen Akademie für Führungskräfte unter der Leitung von Reinhard Höhn, der die innerbetriebliche Zusammenarbeit nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam, von Generalstab und Linie organisieren wollte: Die Armee als Schule der Nation, das ist ihr Motto. Und schließlich ist Partnerschaft etwas Neues, das erst einmal gelernt werden muss. Das gilt für die Sozialpartnerschaft im Betrieb, wie auch für die gesamtwirtschaftliche Ebene. In beiden Bereichen setzt die Industrie- und Sozialarbeit auf die Änderung der Mentalitäten, für den Betrieb bei Vorgesetzten und Untergebenen, für die Gesamtwirtschaft bei Gewerkschaftsführern und den die Unternehmensverbände Leitenden. Nicht die rechtliche Ausgestaltung der Mitbestimmung oder der Betriebsverfassung ist für sie das Entscheidende, sondern der Geist, die innere Einstellung mit der - auf beiden Seiten - die rechtlichen Vorschriften mit Leben erfüllt werden. Man war zu klug, um nicht zu wissen, dass die rechtliche Regelung dieser Fragen unverzichtbar war und die rechtlichen Bestimmungen mussten auch eingehalten werden, aber ausschlaggebend war und blieb die dahinterstehende Geisteshaltung.

### **Der Betrieb als Lernfeld und politischer Ort**

Der Betrieb also bildet den Ansatzpunkt, ist Wirkungsstätte und Lernstätte zugleich. Am Betrieb lernt man die Zusammenhänge innerhalb des Betriebes, die Interdependenzen von Arbeitswelt und Freizeit kennen, einmal abstrakt-theoretisch, durch die Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung, etwa wie in Villigst durch die Kooperation

mit der Sozialforschungsstelle in Dortmund, und zum anderen individuell-persönlich: eigene Betriebserfahrungen, der eigene zumindest zeitweilige Gang in den Betrieb, das bewusste Einnehmen der Perspektive von unten, wird zur gängigen Praxis in der Industrie- und Sozialarbeit. Der Betrieb ist für die Industrie- und Sozialarbeit auch ein politischer Ort: Auseinandersetzungen der großen Politik und der Gewerkschaftspolitik reichen bis hier hinunter (z.B. Abwehr kommunistischer Infiltrationsversuche, Vorbereitung und Unterstützung christlicher Gewerkschaftsgründung). Man muss für die Beteiligung an Betriebsratswahlen, den ungeliebten Stiefkindern der Demokratie motivieren, über Wahlmodi informieren. Betriebliche Mitbestimmung wird schließlich von der Industrie- und Sozialarbeit gegen Ende der fünfziger Jahre zum notwendigen Korrelat der Demokratie insgesamt erhoben. Wenn in der Sozialpolitik in den Endfünfzigern schließlich ein "Stilwandel" im Sinne von "Hilfe zur Selbsthilfe" gefordert wird, der einzelne für sich selber eigenverantwortlich sorgen soll, dann muss er auch im Betrieb mitbestimmen. Am liebsten hätte es Eberhard Müller, wenn durch die Eigentumspolitik der einzelne Arbeitnehmer Miteigentümer seines Betriebes wird. Der Betrieb ist und bleibt Domäne, Herzensangelegenheit der Industrie- und Sozialarbeit, die ganze Zeit hindurch. Die Methoden, mit denen man sich dem Betrieb und seinen Problemen nähert, mögen sich wandeln (Aufgabe des Betriebskerngedankens, Querschnittstagen etc.), aber nicht die Bedeutung, die man dem Betrieb beimisst.

### **Die Industrie- und Sozialarbeit und ihre "special relationship" zu den Gewerkschaften**

Man kann die Geschichte der Industrie- und Sozialarbeit nicht beschreiben, ohne auf ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften des DGB einzugehen. Beide verbindet eine besondere Beziehung, eine "special relationship". Fast alle Fäden in der Geschichte der Industrie- und Sozialarbeit laufen in diesen Beziehungen zusammen, kreuzen sich, werden neu miteinander verwoben und verbunden. Innere Organisationsgeschichte der Industrie- und Sozialarbeit, ihre gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Ziele, ihr Verhältnis zu den Gruppen des sozialen Katholizismus, ihre Stellung zu den politischen Parteien und den Ideologien der Zeit (Liberalismus/Sozialismus): alles hängt miteinander zusammen und wird im Bereich der Gewerkschaftspolitik zur Geltung gebracht, neu ausgebildet, verworfen oder verstärkt und neu gegenseitig wechselseitig geformt.

Die starke Orientierung auf die Gewerkschaften war notwendig und natürlicherweise vorgegeben. Wenn die Industrie- und Sozialarbeit ihre Aufgabe

im Bereich der Arbeiterschaft sah, führte an den Gewerkschaften des DGB kein Weg vorbei. Für die Mehrheit in der heutigen Industrie- und Sozialarbeit ist die Nähe zu den Gewerkschaften denn auch ein unveräußerlicher Bestandteil ihres Selbstverständnisses und ihres Selbstbewusstseins. Der Schulterchluss mit den Gewerkschaften ist Ausdruck, Beweis und Gradmesser dafür, wie weit die Evangelische Kirche und die evangelische Industrie- und Sozialarbeit bereit sind, sich tatsächlich auf Arbeitnehmerbelange einzulassen, wie weit sie imstande sind, die Mauern bürgerlicher Denk- und Handlungsweisen zu verlassen. Unterschiede in Positionen und Stellungnahmen zwischen beiden gibt es gewiss. "Kritische Solidarität" lautet seit längerer Zeit das Stichwort, mit dem in diesem Sinn in der Industrie- und Sozialarbeit das Verhältnis zu den Gewerkschaften beschrieben und gefasst wird. Dahinter stehen seit geraumer Zeit auch die Vorstellung und die Erkenntnis, es müsse ein Bündnis, eine Kooperation zwischen Kirche und Gewerkschaften geben, um gemeinsam Arbeitnehmerrechte und soziale Sicherung in Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise zu bewahren. Seit Beginn und Mitte der siebziger Jahre ist das zum entscheidenden Gleichklang zwischen Gewerkschaften, Industrie- und Sozialarbeit und Evangelischer Kirche geworden. Kritikern "von rechts" geht die Nähe zu den Gewerkschaften zu weit; sie monieren, dass der Industrie- und Sozialarbeit dadurch ein Verlust an eigenem Profil entstünde.

Das sind Fragen und Streitpunkte unterschiedlicher politischer Bewertung, die hier nicht eigentlich das Thema bilden. Sie interessieren hier insofern, als sie den Blick auf die Geschichte prägen und gelegentlich auch verstellen, wobei man allerdings einräumen muss, dass sie sich auf Zeiträume beziehen, die außerhalb des hier zur Betrachtung anstehenden liegen. Am Anfang, das scheint die Geschichte zu lehren, war alles ganz, ganz anders, als man es in der Industrie- und Sozialarbeit heute weiß oder glaubt.

Am Anfang sind die Industrie- und Sozialarbeit und die Gewerkschaften weit auseinander. Trennend wirkt die historische Belastung früherer Zeiten des Bündnisses von Thron und Altar, aber auch die evangelische Sorge vor den potentiell totalitären Tendenzen in den Gewerkschaften, die besonders ihr linker Flügel unter Beweis zu stellen scheint. Gemeinsam ist die Erkenntnis von der historischen Richtigkeit und Irreversibilität der Einheitsgewerkschaft. Evangelischerseits setzt man stillschweigend auf eine reformerische Entwicklung des DGB, die man unterstützen möchte. Demokratie, Ausgleich - und nicht Klassenkampf - ist, so glaubt die Industrie- und Sozialarbeit, auch das, was die schweigende Mehrheit in den Gewerkschaften will. Man muss ihr nur zum Durchbruch verhelfen. In den vielfältigen Gesprächen, die ab 1952 zwischen der AkfA

und den Gewerkschaften geführt wurden, ging es vordergründig um die Stellung der Christen, des christlichen Flügels im DGB, um den demokratischen Minderheitenschutz. Wichtig genug. Aber im Hintergrund, mittelbar, schwang dabei immer auch die Frage der Programmatik des DGB mit. Stärkung des christlichen Flügels hieß: Hin zu Partnerschaft und weg von Klassenkampf, hieß: Hin zu parteipolitischer Neutralität und weg von einseitigen Stellungnahmen in der Friedensfrage, hieß: Hin zur Aussöhnung zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften.

Um dieses Ziel zu erreichen, scheint die Zusammenarbeit mit den Katholiken geboten. Gemeinsam ist man stärker. Aber mit den Katholiken kann man in diesem Fall schlecht Kirschen essen. Im Zweifelsfall entscheiden sie sich dafür, den Konflikt mit den Gewerkschaften auf kleiner Flamme am Kochen zu halten. Die EAB taktiert ähnlich. Der Graben zu den Gewerkschaften ist zu groß, kann - oder soll - nicht überbrückt werden.

Im November 1955 schlägt die Stunde der Wahrheit. Dass es über kurz oder lang so kommen wird, ahnt und weiß die Industrie- und Sozialarbeit seit Ende 1953. Für sie sind die Fragen in der Sache längst entschieden. Jetzt ist auf dem gewerkschaftspolitischen Schachbrett die evangelische Königsfigur, der Rat der EKD, gefragt und am Zuge. Der Rat spricht ein großes Ja zum DGB, dem in Gestalt des Gewissensvorbehalts ein kleines, einschränkendes, nicht ungewichtiges "Aber" folgt, das oft vergessen wird. Die Begleitung und Schärfung des Gewissens der evangelischen Gewerkschaftsmitglieder bleibt als genuine Aufgabe und Vorrecht der Evangelischen Kirche erhalten. Henry Lillich wird ein Jahr später diesen Kern des Dienstgruppenkonzeptes, das sich in Anklängen schon in den ersten Stellungnahmen zu Gewerkschaft und Arbeiterschaft, sei es des westfälischen Sozialausschusses 1949 oder des Arbeiterwerkes 1952, findet, in Frankfurt 1956 weiter ausfüllen. Die Kritik an der Namensgebung "christlich" für die neuen Gewerkschaften ist logisch - nach evangelischem Verständnis trennen sich Politik und Konfession. Der Rat bemüht sich, Öl auf die Wogen zu gießen, die Gewerkschaftsfrage soll die protestantische Einheit nicht spalten. Auch die AkfA wird 1955 nicht alle Brücken zur EAB abreißen wollen. Nie scheint - zumindest in den fünfziger Jahren - die Übereinstimmung zwischen kirchenhierarchischer Spitze und der Industrie- und Sozialarbeit größer gewesen zu sein als im November und Dezember 1955. Kurzum: Der "evangelische König" bezieht als Schlussstein eine Position, die die Bauern, Springer und Läufer der Industrie- und Sozialarbeit vorher markiert und abgesteckt haben. Schach für Bernhard Winkelheide und Heinrich Voss.

Man darf freilich nicht vergessen, dass es nicht allein der evangelische König ist, der diese Bewegungslosigkeit gebietet; auch andere Figuren aus Parteien und Verbänden stehen in ähnlicher "Frontstellung" auf dem Spielfeld. Die Anzeichen dafür, dass sich der gewerkschaftliche Reformismus weiter durchsetzt, mehren sich im Verlauf des Jahres 1955 und gehören wohl auch zum Hintergrund der Ratserklärung. Nicht, dass erst dadurch in entscheidender Weise die Weichen gestellt würden, aber es erleichterte und bestätigte wohl insgeheim die Entscheidungsfindung. Insbesondere Eberhard Müller scheint 1955/56 ein schwerer Mühlstein vom Hals gefallen zu sein, als der Reformismus erkennbar Auftrieb gewann. *Ein dramatischer Kampf hinter den Kulissen ist positiv ausgefallen. Die linksradikalen Kräfte, die bisher zu den aktivsten Gewerkschaftern gehörten, sind in die Defensive gedrängt, wenn nicht direkt ausgeschlossen.* So kommentierte Müller im Februar 1956 die gewerkschaftliche Lage und bezog das auf die Entlassung von Viktor Agartz.

Nach 1955 verschieben sich die Gewichte. Langsam, je mehr der gewerkschaftliche Reformismus sich behauptet, entsteht nun eine "entente amicale" oder "-cordiale" der Industrie- und Sozialarbeit zu den Gewerkschaften des DGB. Jetzt braucht man auch die Zusammenarbeit mit den Katholiken nicht mehr so sehr; "Kooperation von Fall zu Fall" wird die Devise für den neuen Kurs. Nicht, dass man den Katholiken voll und ganz den Stuhl vor die Tür stellt; aber jetzt kann man im Zweifelsfall auch ohne sie auskommen.

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre begriff sich die Industrie- und Sozialarbeit als natürlichen Bestandteil des christlichen Flügels im DGB, als Fortsetzung ehemals christlicher Gewerkschaftstradition. Nach 1955 verändert sich das - langsam, peu à peu. Das Etikett "christlich" verliert an Bedeutung, an Identifikationskraft, tritt zurück, wird von der Bezeichnung einer Richtung, eines Blocks, der auch politisch-programmatisch identifizierbar war, zu einem verbindenden Element jenseits und hinter der politischen und gesellschaftlichen Einstellung.

Kurze "Schrecksekunden" über das gelegentliche Wiederaufleben vergangen geglaubter Gespenster werden bleiben - so 1958, als der DGB sich an der Kampagne "Kampf dem Atomtod" beteiligt, oder noch 1960, als die IG-Metall zum ersten Mal deutlich gegen die Notstandsgesetzgebung Position bezieht. Immer noch wird Eberhard Müller die Behandlung der Gruppe um Pater Reichel als Testfall für den Grad an innerer Demokratie des DGB betrachten. Aber aus Sicht der Industrie- und Sozialarbeit wird Reichel ein immer intransigentere Störfaktor in den Gewerkschaften, dessen Position nicht zu halten ist. Auch Eberhard Müller erkennt das wohl, wenngleich er immer noch am ehesten der

Kollegenschaft eine Verbindungsstange hält. Lillich, Ortman alle übrigen evangelischen Kommentatoren üben heftigere Kritik und entwickeln und schärfen so gleichzeitig nochmals ihre eigenen Vorstellungen.

Dies alles, die special relationship, ist aus einem Blickwinkel betrachtet, der die Industrie- und Sozialarbeit in den Mittelpunkt rückt. Man kann die Dinge auch aus anderen Perspektiven sehen, etwa vom Blickwinkel der Gewerkschaftsspitze aus. Für Walter Freitag etwa konnte (z.B. 1953) der christlich-soziale Flügel ein Instrument sein, das sich den radikalen Kräften im eigenen Lager und ihrer Kritik an der Führung entgegenzusetzen und mit dem sich so die eigene Führungsposition absichern ließ<sup>7</sup>. Welche Rolle mag die Industrie- und Sozialarbeit in solchen Konzeptionen gespielt haben?

## **E Aufbau des Sozialstaates – gesellschaftspolitisches Wirken der Kirche**

### **Sozialreform**

Im Hinblick auf Beiträge zur Ausgestaltung des Sozialstaats geht die Industrie- und Sozialarbeit zunächst zurückhaltend zu Werke. Das hat mehrere Gründe. Die Sorge vor dem Wohlfahrtsstaat, der in den totalitären Verwaltungsstaat führt, dominiert. Stattdessen setzt die Industrie- und Sozialarbeit - wo es geht - im Zweifelsfall auf die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit. *Tausche Freiheit gegen Sicherheit* so hat Werner Steinjan die Überschrift eines seiner frühen zum Thema einschlägigen Artikel formuliert. Es gibt keine evangelische Soziallehre, an der man sich orientieren könnte. Das wird jetzt ein wenig schmerzlich bewusst. Vor allem fehlt es an kompetenten Fachleuten. Werner Steinjan, der später in der Industrie- und Sozialarbeit in dieser Hinsicht so wichtig werden wird, steht noch in den Anfängen. Sachverstand muss man sich von außen holen, vor allem vom Diakonischen Werk, Paul Collmer, Peter Jürgensen. Fleißig, wie die Gründergeneration der Industrie- und Sozialarbeit ist, macht man sich an die Arbeit, richtet Beratungsgremien ein, führt Tagungen durch. Trotzdem: einen Wilfried Schreiber, der ein neues Rentensystem konzipieren kann, hat die Industrie- und Sozialarbeit nicht zu bieten. Und die Mischung aus realistischer Sicht für das Machbare und wahltaktischem Machiavellismus, mit dem sich Adenauer die Aufgabe der Rentenreform aus der Sozialreform herauspickt, ist den Protestanten im Grunde suspekt. Sie hätten lieber eine grundlegende Reform an Haupt und Gliedern, eine umfassendere Lösung gesehen. Welche Fortschritte man bei der Aneignung von Kenntnissen und der Durchdringung von Problemen macht, zeigt sich Anfang der sechziger Jahre, als die AkfA eine Stellungnahme zur Frage

des damals strittigen "Wandererversicherungsfinanzausgleichs" abgibt, durch den Ungleichgewichte zwischen der Arbeiter- und der Angestelltenrentenversicherung verschärft wurden. Dazwischen liegen Entwicklungs- und Lernschritte, wie sie etwa das Arbeiterwerk auf seiner Tagung in Hamburg 1958 vollbringt, wo man zur Lage der Krankenversicherung und der Familie eine Entschließung verabschiedet. Es geht auch für Arbeiterwerk und Männerarbeit nicht mehr nur um Arbeitswelt im engeren, sondern um Gesellschaftspolitik im weiteren Sinn. Man darf, ja man muss sich zu politisch umstrittenen Fragen äußern. Aber ein sozialpolitisch wirksamer oder beachteter Faktor ist die Industrie- und Sozialarbeit zumindest in den fünfziger Jahren damit mitnichten. In Max Richters berühmter vielbändiger Dokumentation zur Sozialreform sucht man Stellungnahmen der Industrie- und Sozialarbeit oder ihrer Ämter, Werke und Verbände vergebens<sup>8</sup>. Zwar scheint Richter sich generell auf Stellungnahmen aus dem politischen Raum zu konzentrieren, aber seine Auswahl zeugt eben doch vom geringen protestantischen Gewicht. Erst die evangelisch-katholischen Empfehlungen zur Eigentumspolitik werden registriert.

Um die innerkirchlichen Resonanzen steht es etwas besser. Schon in die Anlagen zur Entschließung der Synode von Espelkamp (März 1955) hat man ein *Ja, aber* zur damals noch nicht beschlossenen Rentenreform hineingepackt, die man sich zwar wünscht, die aber nicht die Abhängigkeit des einzelnen verstärken soll. Gegen Ende des Jahres 1956 wird das von der Sozialkammer vorbereitete "Wort an die Gemeinden" vom Rat herausgegeben, das die Rentenreform begrüßt, eine Stärkung und Entlastung der Familie fordert und auch schon erste kritische Blicke auf die unzureichende Vermögensbildung in der Bundesrepublik wirft und zum Maßhalten und individuellen Sparen aufruft. Nun ist - auch dies muss man sehen - die Frage der Rentenreform als sozialpolitischer Fortschritt und als Errungenschaft sicherlich nicht von der Natur, dass sie größere Kontroversen auslösen müsste.

Alles in allem zusammengefasst und zugespitzt: auf sozialpolitischem Gebiet nimmt die Industrie- und Sozialarbeit erst einmal "Nachhilfestunden", wobei sie etwa zu Beginn der sechziger Jahre das Klassenziel erreicht hat. Sie verliert zunehmend die Sorge vor dem Wohlfahrtsstaat, wenngleich Eigenverantwortlichkeit eine Leitlinie für sie bleiben wird. Im übrigen gibt es Querverbindungen zwischen den Diskussionen um die Eigentumsfrage bzw. die Vermögensbildung und der Sozialpolitik.

### **Sonntagsarbeit**

Während man also von der Sozialreform ein wenig überrascht wurde, abseits stand und erst der Ausbau

des sozialen Netzes und die zunehmende allgemeine Politisierung aller sozialen Probleme dazu führte, dass sich die Sozialpolitik von selbst immer mehr in den Mittelpunkt schob, und es - Versorgungsstaat hin, Eigenverantwortlichkeit her -, letzten Endes auch leichter fiel, sich mit sozialem Fortschritt einverstanden zu erklären, hatte die Frage der Sonntagsarbeit einen ganz anderen, handfesteren, direkter betreffenden Charakter. Denn hierbei ging es scheinbar ans Eingemachte der Kirche: der heilige Sonntag war zur Disposition gestellt. Die Stahlindustrie wollte in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre den bisher arbeitsfreien Sonntag dem Prinzip nach zu einem regulären Regelarbeitstag machen und durch ein System flexibler freier Tage ersetzen. Davon profitierte auch der Stahlarbeiter durch ein neues Schichtsystem mit mehr Freizeit, das auch - in bestimmten Intervallen ausgleichsweise eingefügte - längere Ruhepausen an Wochenenden und mehr Erholung als bisher brachte. Das schien eine neue Runde in der den kirchlichen Einfluss zurückdrängenden Säkularisierung einzuläuten. Dass sich hier auch die Amtskirche mit ihren Spitzen als Anwalt der Sonntagsheiligung in die alsbald einsetzende politische Diskussion einschaltete, nimmt daher nicht Wunder. Im politischen Bereich war die Kirche in diesem Fall auch als mitbestimmender und mitberatender Faktor anerkannt; Vertreter der Ev. Kirche wurden in die die Sonntagsarbeit beratenden Kommissionen des Bundesarbeitsministeriums delegiert. Dem politischen Entscheidungsprozeß stand man damit ungleich näher als bei der Sozialreform. Damit erfuhr und erlitt man aber auch den Gegensatz widerstreitender gegenteiliger Interessen (Tradition und Moderne, wirtschaftliche Zwänge und Scheinzwänge, Einfluss von pressure groups) unmittelbarer. Auch im Fall der Sonntagsarbeit machte man dabei einen Lernprozess durch. Man lernte das Ausmaß der Sonntagsarbeit kennen und wurde mit der Komplexität modernen Wirtschaftslebens konfrontiert. Unterschiedliche Wirtschaftszweige, technische Verfahren mussten berücksichtigt werden, was sich in einem auch heute noch nur schwer zu durchschauenden ausufernden Gestrüpp von Fachkommissionen und Einzelbestimmungen niederschlug. Es spricht für die Evangelische Kirche, dass sie auch bei der Sonntagsarbeit keine dogmatische starre Abwehrposition bezog, sondern eine vermittelnde, flexibel bremsende Haltung einnahm. Ihre Generallinie bestand darin, dass nur ein gesamtvolkswirtschaftliches Interesse Ausnahmen von dem ansonsten allgemein gültigen Verbot der Sonntagsarbeit begründen dürfe. Beratung und kritische Hinterfragung der Fachleute, denen die Entscheidungsaufgabe letztlich allein zustand, darin sahen die kirchlichen Kommissionsmitglieder ihren Auftrag. Nun hätte die Evangelische Soziallehre einen dogmatischen Kurs - so wie ihn die Katholische Kirche fuhr - gar nicht zugelassen. Und bei näherem Hinsehen erwiesen sich die theologischen und kirchlichen

Grundlagen des traditionellen Sonntags als gar nicht so unabänderlich und felsenfest, wie das auf den ersten Blick schien, wengleich dahinter natürlich das Gewicht einer jahrtausendlang geübten Praxis stand, die den Ausschlag gab. Entscheidend ist aber letztendlich, dass man sich evangelischerseits der detaillierten Sachdiskussion stellte, die Auseinandersetzung mit der Realität suchte.

Wer immer wissen will, wie es um das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft und Politik in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre bestellt war, der wird hier, bei der Sonntagsarbeit, graben müssen. Welches Gewicht und Echo hatte die kirchliche Stimme damals, neben dem immer lauter werdenden Ruf von wirtschaftlichen Interessengruppen noch bei Regierung, Parlament und Gesellschaft? Zwar säkularisierte sich die Gesellschaft unzweifelhaft immer weiter, aber noch spielten Konfession und Religion eine ganz andere, viel größere Rolle als heute. Welche Folgen hatte es, wenn Bischof Kunst und die katholischen Bischöfe mit Adenauer über die Frage der Sonntagsarbeit sprachen? Wie weit reichte der Arm der Kirche noch? Und wie verlief die innerevangelische Diskussion um die Sonntagsheiligung? Die Frage der Sonntagsarbeit bietet sich als Maßstab, als Nagelprobe, in vielfältiger Weise geradezu an: Stand, Ausmaß und Reaktionen auf den Prozess der Säkularisierung, politischer und gesellschaftlicher Einfluss der Kirche, Rolle der Industrie- und Sozialarbeit in der Kirche ließen sich daran ablesen. Nur benutzt, dies alles anhand der Meßlatte konkret in der Tiefe ausgelotet hat, so scheint es, noch niemand.

## F Schluss

### Die "Kultur des Gesprächs" als Zeichen der Industrie- und Sozialarbeit

Die Industrie- und Sozialarbeit entwickelt eine "Kultur des Gesprächs". Richtiger, aber sprachlich unförmiger wäre es zu sagen, dass sie eigentlich eine "Kultur des Konsenses und der Gemeinschaft, die durch das Mittel des Dialogs zu erreichen sind", zu ihrem Ideal und zu ihrer Methode erhebt. Das Gespräch löst Fronten auf und verbindet: in der Arbeitswelt, in der Politik, im zwischenmenschlichen Bereich, beim und im Individuum selbst. Am deutlichsten ist das fassbar in den Akademietagungen in Bad Boll, dann aber auch in der Gemeinsamen Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau, in Friedewald, durch den belehrend-bildenden Vortrag mit anschließender Diskussion. Das Gespräch überwindet Klassenschranken, auch in Friedewald, wo man zum Beispiel Arbeiter und Studenten in Kursen zusammenbringt. Horst Symanowski kommt mit seinen Kollegen an der Maschine ins Gespräch, lädt sie nach Hause ein, liest und diskutiert mit ihnen

die Bibel, veranstaltet später sog. Gossner-Sonntage. Ernst zur Nieden hofft, Erfahrungen und Gedanken der Psychotherapie aufnehmend, durch das seelsorgerliche Gespräch seelische und körperliche Leiden heilen zu können, was freilich für ihn nicht nur Menschenwerk ist und bleibt, weil in einer bestimmten Phase eines solchen Gespräches, wenn es um die letzten Sinnfragen geht, der "göttliche Funke" überspringen muss. Manche Gründer der Industrie- und Sozialarbeit haben das Gespräch zum Prinzip erhoben, ihm eine fast metaphysische Dimension verliehen; bei anderen bleibt es erklärtermaßen ein rationales Mittel zum Zweck. Es gibt also viele verschiedene Färbungen des Gesprächs in der Industrie- und Sozialarbeit, ohne dass man sich auf ein gemeinsames Konzept geeinigt hätte, oder je daran gedacht hätte, so etwas zu tun.

### **Die Industrie- und Sozialarbeit in der Tradition der bürgerlichen Sozialreform**

Summa summarum führt die evangelische Industrie- und Sozialarbeit personell und konzeptionell die Tradition "bürgerlicher Sozialreform" fort. Der Anteil und die Rolle der Akademiker in der Industrie- und Sozialarbeit, die oftmals aus großbürgerlichen Verhältnissen stammenden Gründer, die Betonung und der Ausbau der Bildungsarbeit, der gesellschaftliche Aufstieg, den die zu Sozialsekretäre gewordenen ehemaligen Arbeiter erfuhren, sprechen für den "bürgerlichen" Charakter der Industrie- und Sozialarbeit. Das korreliert teilweise mit dem Trend der Zeit, der auf die nivellierte Mittelstandsgesellschaft zulief. Es scheint allerdings Momente zu geben, in denen die "Bürgerlichkeit" der Industrie- und Sozialarbeit transzendiert wird: in den ganz bewussten "sich an die Seite des Arbeiters stellenden" Betriebsarbeitsphasen der Seminarteilnehmer in Mainz-Kastel, im Ethos der Sozialsekretäre, in der Konzentration auf das betriebliche Geschehen, der starken Beachtung, die man den betrieblichen und arbeitsweltlichen Mühen schenkte. Zwar führte der Weg vieler dann doch wieder in "bürgerliche" Existenzen (Industriefarrer/Gemeindepfarrer), aber die in der "proletarischen Arbeitswelt" gemachten Erfahrungen blieben - die soziale Einstellung prägend - doch in der Folgezeit weiter wirksam.

"Bürgerliche Sozialreform" heißt implizit auch einen wirtschaftlichen und sozialen Kurs jenseits und zwischen Kapitalismus und Kommunismus anzustreben. Kein Zweifel, dass die Industrie- und Sozialarbeit das in Theorie und Praxis erstrebt hat, mit von Zeit zu Zeit und von Zentrum zu Zentrum unterschiedlichen Schwerpunkten und Ansätzen.

Wie Günter Hockerts festgestellt hat, verlagert sich der Einflusschwerpunkt bürgerlicher Sozialreformer nach 1945 weg von den früher als "Stoßtrupp" fungierenden Hochschullehrern und wissenschaftli-

chen Gesellschaften hin zu den modernen "Expertokratien" in Parteien, staatlichen Institutionen, wissenschaftlichen Beiräten von Ministerien, Behörden etc. Kurt Jantz als Leiter im "Generalsekretariat für Sozialreform" ist ein Beispiel eines solchen Expertokraten. Derartige "Expertokraten" gibt es auch den Reihen der Industrie- und Sozialarbeit: Werner Steinjan und Hansjörg Ranke (Sonntagsarbeit) wären zu nennen. Sozialsekretäre, besonders die ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre unter ihnen, sind Experten im Arbeits- und Sozialrecht. Zu administrativ-wissenschaftlichen Beiräten und Gelehrtenvereinigungen gibt es aus der Industrie- und Sozialarbeit personelle Verbindungen (Klaus von Bismarck ist Mitglied des Beirates beim Bundesfamilienministerium, Präsident der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt; Gerhard Heilfurth, Siegfried Wendt u.a. arbeiten in den Reihen der Hermann Ehlers Gesellschaft mit), wie die Industrie- und Sozialarbeit umgekehrt in Form der kirchlichen sozialen Beratungsgremien (Sozialethischer Ausschuss im Rheinland, Sozialausschuss in Westfalen, Sozialkammer) mit ihrem hohen Anteil professoraler und akademischer Eliten Diskussionsforen anbietet und insoweit mithilft, dass, wie man vielleicht sagen könnte, die früheren Gelehrtenzirkeln der bürgerlichen Sozialreform insoweit eine Fortsetzung finden.

### **Die Industrie- und Sozialarbeit als Schnitt- und Verbindungsstelle zwischen Welt und Kirche**

Die Industrie- und Sozialarbeit war weder rein kirchlich noch rein weltlich, weder rein fortschrittlich noch rein konservativ-traditionell, weder rein wirtschaftskritisch noch rein wirtschaftsdienlich, sondern von allem etwas, eine schier unauflösliche Mischung. Die Industrie- und Sozialarbeit war Produkt ihrer Zeit und wirkte wiederum auf sie zurück. Nichts hat die Industrie- und Sozialarbeit so sehr geprägt wie ihre Schnittstellen- und Verbindungsfunktion zwischen Kirche und Welt. Alle ihre inneren Zwänge, die sie auszuhalten hatte, der personelle, geistige und organisatorische Spagat, den sie zu vollbringen hatte, aber auch all ihre Motivationen, Antriebe, Erfolge und Leistungen haben hier ihre letzte Ursache und Wurzel.

Der Industrie- und Sozialarbeit gebührt das Verdienst, zu jenen Kräften zu gehören, die die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik positiv im Sinne von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Humanität mitgestalten wollten, so unterschiedlich die Motivationen, Vorstellungen und Schlussfolgerungen gelegentlich schon in den fünfziger Jahren und später noch ausfallen mochten. Die "gemäßigte Reform" ist das Schrittmuster, das die Industrie- und Sozialarbeit in die Evangelische Kirche und die Gesellschaft hineinragen will. Das ist mit viel Idealismus, Enthusiasmus und - man

darf es so sagen: - heißen Herzen betrieben worden. Dass sich die dabei erzielten Wirkungen - besonders im gesellschaftlichen Bereich - nicht genau ausdrücken und bemessen lassen, ist zwar schade, aber doch wiederum nicht ausschlaggebend und in gewisser Weise sogar typisch: Letzten Endes war ein solches Denken in Mark und Pfennig den Gründerinnen und Gründern der Industrie- und Sozialarbeit nicht wichtig und wesensfremd.

---

<sup>1</sup> Die folgenden Ausführungen basieren auf dem Einleitungskapitel eines größeren erarbeiteten Zwischenfazit zur Geschichte der Evangelischen Industrie- und Sozialarbeit von 1945-1960, für das vor allem Akten aus dem Archiv der Evangelischen Sozialakademie in Friedewald und die Zeitschrift "Die Mitarbeit" ausgewertet wurden. Auf eine wissenschaftliche Sprache und die Wiedergabe von Nachweisen und Literatur wird - wegen der besseren Lesbarkeit - in der Regel bewusst verzichtet. Mit den nachfolgenden Überlegungen ist das Thema auch keineswegs erschöpft. Ansätze der Bildungsarbeit, die Bedeutung der Frauenarbeit oder der Ost-West-Frage u.a.m. können aus Raumgründen hier nicht behandelt werden.

<sup>2</sup> Auch der Sozialausschuss im Rheinland befasst sich etwa zeitgleich nochmals mit dem Begriff der "Verantwortlichen Gesellschaft", im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für die Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi.

<sup>3</sup> siehe auch weiter unten den Abschnitt über die "special relationship" der Industrie- und Sozialarbeit zu den Gewerkschaften

<sup>4</sup> Hier, im theologischen Bereich der frühen Industrie- und Sozialarbeit, ist vieles noch ungeklärt. Wie sehen denn die theologischen Leitlinien und Eckpunkte der 1. Generation von "Sozialpfarrern" (wie Poelchau, Jörg Simpfendörfer, Erich Thier, Hans Storck, Walter Adler, u.a.) aus?

<sup>5</sup>Vgl. den Vortrag von Otto Heinrich v. d. Gablentz, *Der Mensch im Kollektiv* auf dem Essener Kirchentag 1951 (Schriftenreihe "Kirche im Volk", herausgegeben von der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland, Heft 6, Mülheim, o.J., hier S. 50)

<sup>6</sup>*Unser künftiger kirchlicher Dienst in der Industrie (Referat des Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen in Deutschland, D.Dr. Eberhard Müller, zum Hauptthema der Mitgliederversammlung vom 24. -26. Oktober 1960 in Bad Boll, Evangelische Akademie (Archiv Sozialakademie, Akten Lillich, 12 S.) Zitat S.4. Vgl. zu diesem Komplex die Ausführungen von Henry Lillich, Arbeitnehmer in evangelischer Verantwortung in: "Die Mitarbeit" 1961 S.91-97 sowie Eberhard Müller, Wider die radikale Schwäche, in: Stimme der Arbeit Nr.8/9 1968 S. 170-171.*

<sup>7</sup> so von Wolfgang Schroeder, *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft ...* etwa S. 163f., bes. S.164 gezeigt.

<sup>8</sup> Max Richter (Hrsg.), *Die Sozialreform. Dokumente und Stellungnahmen* Bonn/Bad Godesberg.